

PROTOKOLL DER ORDENTLICHEN GEMEINDEVERSAMMLUNG

2. Sitzung von Donnerstag, 1. Dezember 2022, 19:30 – 21:55 Uhr, Dorfzentrum

	<u>anwesend</u>	<u>abwesend</u>
Gemeindepräsident	Marti Benjamin	
Leiterin Führungsunterstützung	Straub Annina	
Gemeinderat	– Arnold Zehnder Kristin – Kubli Adrian – Neuenschwander Stefan – Walther Johann – With Jean-Michel	Baumgartner Cornelia
Protokollführerin	Skeli Judith (nach Aufnahme)	
Stimmberechtigte Bürgerinnen und Bürger	108 oder 1,33 %	

Traktanden

8.211 2022-17	Budget, Verantwortlichkeiten Budget 2023; Genehmigung	
1.300 2022-18	Gemeindeversammlung Verschiedenes 1. Dezember 2022	
	– Abstimmungen vom 27. November 2022	1.222
	o Ortsplanungsrevision, Revision baurechtliche Grundordnung	
	o Projektierungskredit Erneuerung Schulanlage Mühlematt	
	– Datenschutzbericht 2022 der Geschäftsprüfungskommission	1.12.103
	– Zweckbestimmte Zuwendung des Vereins KiPlus	1.1651.5

Gemeindeversammlung

Der Präsident Die Sekretärin

Benjamin Marti Annina Straub

Der Vorsitzende heisst die Anwesenden willkommen.

Speziell dankt er dem **Orchester Belp** für die musikalische Eröffnung der Gemeindeversammlung. Vortragen wurde die Musik aus dem Film "Herr der Ringe", unter der Leitung von Aurélien Darbellay.

Auf Wunsch des Vorsitzenden erzählt Aurélien Darbellay, dass sein Orchester versuche, Filmmusik in das Programm einzufügen. Das klappe sehr gut und wurde bereits im letzten Sommer so gehandhabt. Und das Orchester plane, dies in der nächsten Saison noch einmal zu tun. Sollte es im Publikum Leute geben, die Filmmusik mögen, seien diese herzlich eingeladen.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass das Orchester Belp aber auch im Winter Konzerte gebe. Der Dirigent informiert, dass Werke von Schubert, Beethoven und Mendelssohn gespielt werden. Diese Konzerte finden am

Freitag, 24. Februar 2023, 20 Uhr, in Biel,
und am Sonntag, 26. Februar 2023, 17 Uhr, in der Reformierten Kirche in Belp,

statt. Der Vorsitzende dankt nochmals herzlich für den musikalischen Vortrag. Er lädt die Musikantinnen und Musikanten zu einem Apéro in den Gürbesaal ein. Die stimmberechtigten Personen des Orchesters dürfen gerne auch an der Versammlung teilnehmen und das Apéro später gemeinsam einnehmen. Scherzhaft fügt der Vorsitzende hinzu, dass das Apéro lieber nicht zweimal eingenommen werde, da ansonsten die Jahresrechnung 2022 zu arg strapaziert werde. (Die Versammlung schmunzelt.) Er wünsche dem Orchester Belp alles Gute für die weiteren Proben und Auftritte. (Die Versammlung applaudiert.)

Während auf der Bühne ein kleiner Umbau stattfindet, startet der Vorsitzende mit dem formellen Teil der Gemeindeversammlung:

Die Versammlung wurde einberufen mit Publikationen im Anzeiger Gürbetal | Längenberg | Schwarzenburgerland vom 27. Oktober, 24. November und 1. Dezember 2022.

Stimmberechtigt seien alle seit 3 Monaten in der Gemeinde Belp wohnhaften Schweizer Bürgerinnen und Schweizer Bürger, die in kantonalen Angelegenheiten das Stimm- und Wahlrecht besitzen. Anwesende, die diese Bedingungen nicht erfüllen, können auf der Tribüne Platz nehmen und dürfen sich an den Abstimmungen nicht beteiligen.

Der Vorsitzende erkundigt sich, ob das Stimmrecht einer anwesenden Person bestritten werde. Der junge Mann, der sich meldet, wird gebeten, auf der Tribüne Platz zu nehmen.

Die Akten zu den Traktanden lagen während 30 Tagen vor der beschlussfassenden Gemeindeversammlung bzw. vom 2. November bis 1. Dezember 2022 im Bereich Führungsunterstützung der Gemeindeverwaltung Belp öffentlich zur Einsichtnahme auf.

Gegen Versammlungsbeschlüsse könne innerhalb von 30 Tagen beim Regierungsstatthalteramt Bern-Mittelland, mit Sitz in Ostermundigen, schriftlich und begründet Beschwerde geführt werden.

Die Verletzung von Zuständigkeits- und Verfahrensvorschriften sei an der Gemeindeversammlung sofort zu beanstanden. Wer rechtzeitige Rügen pflichtwidrig unterlasse, könne Abstimmungen und Beschlüsse nachträglich nicht mehr anfechten.

Im Weiteren orientiert der Vorsitzende, dass die Verhandlungen für die Protokollierung aufgenommen werden. Gegen diese Aufnahmen werden keine Einwände erhoben.

Das Stimmregister verzeichne auf den heutigen Tag 8'068 stimmberechtigte Personen, aufgeteilt in 4'195 Frauen und 3'873 Männer.

Für die heutigen Verhandlungen schlägt der Vorsitzende drei Stimmzähler vor:

- Martin Bachmann, Blüemlisalpweg 14, 3123 Belp Sektor links. inkl. Ratstisch
- Peter Probst, Toffenholzweg 21, 3123 Belp Sektor Mitte
- Hans Peter Iseli, Dorfstrasse 41, 3123 Belp Sektor rechts

Da die Vorschläge durch die Versammlung nicht bestritten werden, erklärt der Vorsitzende die drei Stimmzähler als gewählt. Er bittet sie, in ihrem Sektor die Präsenz festzustellen.

Martin Bachmann wird gebeten, beim Ratstisch zu beachten, dass Annina Straub, Leiterin Führungsunterstützung, und Thomas Reusser, Leiter Finanzen, nicht stimmberechtigt und somit nicht mitzuzählen seien. Bei dieser Gelegenheit orientiert der Vorsitzende, dass am Ratstisch Gemeinderätin Cornelia Baumgartner infolge Krankheit fehle, und er ihr alles Gute wünsche.

Zur Diskussion stehen nur die vorerwähnten **zwei Traktanden**. Zu Traktandum 1, Genehmigung des Budgets 2023, erfolge eine Beschlussfassung. Aber auch das übliche Traktandum 2, Verschiedenes, könne allenfalls sehr interessant werden.

Da die Versammlung keine Abänderung der Reihenfolge beantragt, genehmigt der Vorsitzende die Traktandenliste.

Der Vorsitzende stellt fest, dass die **Geschäftsprüfungskommission** die Abstimmungsvorlagen auf ihre Recht- und Zweckmässigkeit geprüft und keine darauf bezogenen Bedenken anzubringen habe. Sie stimme daher den Anträgen des Gemeinderats formell zu. Er danke der Geschäftsprüfungskommission für ihre Arbeit durch das ganze Jahr sowie im Hinblick auf die heutige Versammlung.

Zum Schluss weist der Vorsitzende darauf hin, dass **das Protokoll** nach der Versammlung während 20 Tagen öffentlich aufgelegt und auf der Internetseite www.belp.ch aufgeschaltet werde.

Die Genehmigung des Protokolls erfolge abschliessend durch den Gemeinderat gestützt auf Artikel 22 des Reglements über Abstimmungen und Wahlen.

Nr. 2022-17

8.211 Budget, Verantwortlichkeiten
Budget 2023; Genehmigung

AUSGANGSLAGE

Das Budget für das Jahr 2023 der Gemeinde Belp weist bei einem Aufwand von CHF 66'597'700 ein ausgeglichenes Ergebnis im allgemeinen Haushalt (ohne Spezialfinanzierungen) aus. Eigentlich resultiert im steuerfinanzierten Haushalt ein Ertragsüberschuss von CHF 2'014'600, welcher jedoch als obligatorische Einlage in die finanzpolitischen Reserven verbucht werden muss. Gegenüber der 1. Lesung konnte der Gemeinderat das Ergebnis um CHF 758'700 verbessern. Das Defizit des Gesamthaushalts aus den beiden Spezialfinanzierungen Abwasser und Abfall beträgt insgesamt CHF 371'000. Es wurde mit einer unveränderten Steueranlage von 1,34 gerechnet. Ein Steuerzehntel beträgt CHF 1,90 Mio. (Vorjahr: 1,88 Mio.).

Im Vorjahr wurde im allgemeinen Haushalt ebenfalls ein ausgeglichenes Ergebnis, bei einer Einlage in die finanzpolitischen Reserven von CHF 1'876'100, budgetiert. Die Verschuldung der Gemeinde wird sich bei geplanten Nettoinvestitionen von CHF 5,16 Mio. und einem Cashflow von CHF 1'341'600 voraussichtlich um rund CHF 3 Mio. auf CHF 25 Mio. erhöhen. Rund CHF 800'000 können aus der Bilanz finanziert werden.

Das Ergebnis präsentiert sich wie folgt:

Ergebnis	Budget 2023	Budget 2022	Rechnung 2021
Gesamtaufwand (vor Abschreibungen)	62'867'200	62'482'400	60'493'995.43
Gesamtertrag (ohne Ausgleich SF)	66'226'700	65'528'300	64'543'270.81
Ergebnis vor Abschreibungen	3'359'500	3'045'900	4'049'275.38
Abschreibungen Verwaltungsvermögen (VV) HRM	238'600	238'600	238'648.00
Abschreibungen VV Allgemeiner Haushalt HRM2	1'391'600	1'304'600	1'396'760.50
Abschreibungen VV SF Abwasser HRM2	73'000	63'700	50'746.70
Abschreibungen VV SF Abfall HRM2	12'700	24'100	10'738.55
Ergebnis nach Abschreibungen	1'643'600	1'414'900	2'352'381.63
Abschluss SF Abwasser	- 297'000	- 339'700	-169'750.43
Abschluss SF Abfall	- 74'000	- 121'500	33'695.50
Ergebnis nach Abschluss SF	2'014'600	1'876'100	2'488'436.56
Einlage in finanzpolitische Reserve (Allg. Haushalt)	2'014'600	1'876'100	543'904.85
Abschluss Allgemeiner Haushalt	0	0	1'944'531.71

Ohne die ausserordentlichen, neutralen Erträge aus den Entnahmen der Neubewertungsreserve und der Aufwertungsgewinne aus der Überführung der Energie Belp AG in eine Aktiengesellschaft von CHF 2'348'900 würde im allgemeinen Haushalt ein Aufwandüberschuss von CHF 334'300 resultieren. Dieses Resultat entspricht auch dem operativen Ergebnis.

Das Eigenkapital des Gesamthaushalts wird von heute CHF 53,5 Mio. auf CHF 52,5 Mio. per 31.12.2023 abnehmen.

1. Abgaben

Steueranlage:	1,34 der einfachen Steuer	(unverändert)
Liegenschaftssteuer:	1,0 Promille des amtlichen Werts	(unverändert)

Wiederkehrende Gebührenansätze 2023 in der Kompetenz des Gemeinderats

Abwasser:

Schmutzabwasser

Grundgebühr pro Wohnung/Haus und Wohneinheit	CHF	80.00	**	unverändert
Grundgebühr pro Kleinbetrieb	CHF	80.00	**	unverändert
Grundgebühr pro Mittelbetrieb	CHF	150.00	**	unverändert
Grundgebühr pro Grossbetrieb	CHF	250.00	**	unverändert
Verbrauchsgebühr pro Kubikmeter	CHF	1.60	**	unverändert

Regenabwasser

Grundgebühr pro Wohnung und Wohneinheit	CHF	40.00	**	unverändert
Grundgebühr pro Haus und Wohneinheit	CHF	80.00	**	unverändert
Grundgebühr pro Kleinbetrieb	CHF	80.00	**	unverändert
Grundgebühr pro Mittelbetrieb	CHF	150.00	**	unverändert
Grundgebühr pro Grossbetrieb	CHF	250.00	**	unverändert
Grundgebühr pro Betrieb nur mit Umlade-/Verladeflächen	CHF	40.00	**	unverändert

Abfall:

Grundgebühr pro Wohnung/Gewerbe	CHF	90.00	**	unverändert
Verbrauchsgebühren gemäss Abfallverordnung			**	unverändert

Elektrizität:

Konzessionsabgabe NE 5 pro kWh	CHF	0.005	**	unverändert
Konzessionsabgabe NE 7 pro kWh	CHF	0.014	**	unverändert

Feuerwehr:

Ersatzabgabe in % der Kantonssteuer	%	4.50	*	unverändert
Maximum	CHF	450.00	*	unverändert
Minimum	CHF	20.00	*	unverändert

* = keine Mehrwertsteuerpflicht

** = Ansätze exklusive Mehrwertsteuer

2. Erfolgsrechnung

2.1 Zusammenzug Erfolgsrechnung nach Sachgruppen

	Budget 2023		Budget 2022		Rechnung 2021	
	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
Erfolgsrechnung	66'597'700	66'597'700	65'989'500	65'989'500	64'713'021.24	64'713'021.24
3 Aufwand	66'597'700		65'989'500		62'734'794.03	
30 Personalaufwand	11'661'900		11'467'800		11'262'478.50	
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand	9'261'200		9'059'300		8'325'924.40	
33 Abschreibungen Verwalt.vermögen	1'715'900		1'631'000		1'696'893.75	
34 Finanzaufwand	306'500		216'100		205'673.38	
35 Einlagen in Fonds und SF	691'000		679'000		676'599.53	
36 Transferaufwand	37'635'100		37'999'100		36'030'134.00	
38 Ausserordentlicher Aufwand	2'014'600		1'876'100		1'430'614.85	
39 Interne Verrechnungen	3'311'500		3'061'100		3'106'475.62	
4 Ertrag		66'226'700		65'528'300		64'543'270.81
40 Fiskalertrag		29'426'000		29'024'500		27'465'989.60
41 Regalien und Konzessionen		690'000		641'000		692'420.65
42 Entgelte		10'627'700		9'798'200		10'857'987.10
43 Verschiedene Erträge		1'000				2'571.00
44 Finanzertrag		2'212'200		2'348'100		2'651'359.30
45 Entnahmen Fonds und SF		360'000		357'700		178'846.10
46 Transferertrag		17'249'400		17'948'800		16'352'031.44
48 Ausserordentlicher Ertrag		2'348'900		2'348'900		3'235'590.00
49 Interne Verrechnungen		3'311'500		3'061'100		3'106'475.62
9 Abschlusskonten		371'000		461'200	1'978'227.21	169'750.43
90 Abschluss Erfolgsrechnung		371'000		461'200	1'978'227.21	169'750.43

Kommentar zu den einzelnen Sachgruppen:

	Budget 2023	Budget 2022	Rechnung 2021
Personalaufwand	11'661'900	11'467'800	11'262'478.50

– Der Personalaufwand setzt sich wie folgt zusammen:

	Budget 2023	Budget 2022	Rechnung 2021
300 Behörden und Kommissionen	571'900	565'300	591'628.70
301 Löhne Verwaltungs- und Betriebspersonal	9'095'600	8'904'400	8'791'146.75
304 Zulagen	50'500	42'600	46'339.95
305 Arbeitgeberbeiträge	1'561'800	1'567'400	1'561'515.85
306 Arbeitgeberleistungen	62'700	67'900	79'826.00
309 Übriger Personalaufwand	319'400	320'200	192'021.25

- Gemäss Beschluss des Gemeinderats sind für individuelle Lohnanpassungen 1,0 % (CHF 74'000) vorgesehen.
- Aufgrund der stark ansteigenden Teuerung ist ein Teuerungsausgleich von ebenfalls 1,0 % eingeplant (effektive Auszahlung analog Kanton gemäss Beschluss Regierungsrat im Dezember 2022).
- In der Tagesschule wird mit dem Anstieg von Kindern und der Anzahl Betreuungseinheiten mit einer Zunahme der Bruttolöhne um CHF 33'400 auf CHF 413'400 gerechnet.
- Der Gemeinderat hat am 11. November 2021 aufgrund der erneuten massiven Fallzunahme beim Regionalen Sozialdienst den Sozialarbeits- und Sekretariats-Stellenetat um 200 Stellenprozent erhöht. Der voraussichtliche Mehraufwand beträgt ohne Sozialleistungen CHF 186'000.
- Nach Personalwechseln sind wegen Rotationsgewinnen die Bruttolöhne in der allgemeinen Verwaltung und der Feuerwehr Regio Belp um rund CHF 135'000 tiefer.
- Für die Aus- und Weiterbildung des Personals werden ausserordentliche Kosten von CHF 44'000 für die Bereiche allgemeine Verwaltung, Schulsozialarbeit und Sozialarbeiter/innen RSB budgetiert.

	Budget 2023	Budget 2022	Rechnung 2021
Sach- und übriger Betriebsaufwand	9'261'200	9'059'300	8'325'924.40

- Der Sach- und übrige Betriebsaufwand liegt insgesamt um CHF 201'900 über dem Vorjahresbudget und um CHF 935'275.60 über der Jahresrechnung 2021. Dabei wurden rund CHF 700'000 an angemeldetem Nachholbedarf ins Budget 2022 aufgenommen. Damals wurden rund CHF 600'000 ins Budget 2023 verschoben.

Die in den Budgetvorgaben definierte Obergrenze (Wert Budget 2021 bereinigt) von CHF 8,3 Mio. wurde anstatt mit maximal CHF 600'000 um CHF 961'200 überschritten. Allerdings ist auch die Teuerung stark angestiegen. Gegenüber der 1. Lesung hat der Gemeinderat den Sach- und übrigen Betriebsaufwand um CHF 665'200 reduziert. Dieser setzt sich wie folgt zusammen:

	Budget 2023	Budget 2022	Rechnung 2021
310 Material- und Warenaufwand	1'313'200	1'236'400	1'149'844.10
311 Nicht aktivierbare Anlagen	547'900	651'600	574'266.40
312 Ver- und Entsorgung Liegenschaften VV	787'200	629'800	642'185.90
313 Dienstleistungen und Honorare	2'840'500	3'010'400	2'593'408.97
314 Baulicher und betrieblicher Unterhalt	1'781'000	1'621'100	1'415'913.65
315 Unterhalt Mobilien und immaterielle Anlagen Mieten, Leasing, Pachten,	967'700	872'500	807'541.35
316 Benützungsgebühren	459'200	463'300	450'869.45
317 Spesenentschädigungen	192'100	199'400	93'337.91
318 Wertberichtigungen auf Forderungen	269'400	274'300	429'917.27
319 Verschiedener Betriebsaufwand	103'000	100'500	168'639.40

- Höhere Kosten für Lebensmittel der Tagesschule sowie für Schulmaterial und Lehrmittel infolge Zunahme von Schülerinnen und Schülern (SuS) sind die Hauptgründe für die Erhöhung beim Material- und Warenaufwand um CHF 76'800.
- Der Aufwand für Ver- und Entsorgung Liegenschaften VV wird um insgesamt CHF 157'400 höher budgetiert wegen der angestiegenen Preise für elektrische Energie und Heizöl.
- Der bauliche und betriebliche Unterhalt wird hauptsächlich aufgrund von Nachholbedarf voraussichtlich um CHF 159'900 höher ausfallen. Insbesondere der Unterhalt für Grundstücke und Hochbauten wird um CHF 153'500 zunehmen.
- Auch der Unterhalt für Mobilien und immaterielle Anlagen wird um CHF 95'200 zunehmen. Dafür hauptverantwortlich sind die zusätzlichen Aufwendungen beim Unterhalt immaterielle Anlagen (Lizenzen/Support Software) der Schulen und der Verwaltung um insgesamt CHF 93'400.

	Budget 2023	Budget 2022	Rechnung 2021
Abschreibungen Verwaltungsvermögen	1'715'900	1'631'000	1'696'893.75

- Die Abschreibungen des bisherigen Verwaltungsvermögens beziffern sich mit einer linearen Abschreibung von 12,5 % auf jährlich CHF 238'600. Diese sind in der Funktion 1500 (Feuerwehr) budgetiert.
- Auf den Investitionen ab 2016 müssen die Abschreibungen nach Anlagekategorien und Nutzungsdauer gemäss Anhang 2 der Gemeindeverordnung berechnet werden. Die Berechnung ergibt planmässige Abschreibungen 2023 von CHF 1'477'300. Diese werden direkt in die entsprechenden Funktionen verbucht und verteilen sich wie folgt:

	Budget 2023	Budget 2022	Rechnung 2021
Allgemeiner Haushalt	1'391'600	1'304'600	1'396'760.50
Abwasserentsorgung	73'000	63'700	50'746.70
Abfall	12'700	24'100	10'738.55

	Budget 2023	Budget 2022	Rechnung 2021
Finanzaufwand	306'500	216'100	205'673.38

- Die Verschuldung wird per Ende 2023 um voraussichtlich rund CHF 3 Mio. zunehmen. Aufgrund der ansteigenden Zinssätze liegt der budgetierte Zinsaufwand um CHF 83'500 über dem Vorjahresbudgetwert.
- Der Liegenschaftsaufwand Finanzvermögen wird insgesamt um CHF 7'500 höher budgetiert.

	Budget 2023	Budget 2022	Rechnung 2021
Einlagen in Fonds und SF	691'000	679'000	676'599.53

Diese Position umfasst die gesetzlich vorgeschriebenen Einlagen von CHF 645'000 in die Spezialfinanzierung "Werterhalt Abwasserentsorgung" analog dem Vorjahresbudget. Zusätzlich ist der voraussichtliche Ertragsüberschuss von CHF 46'000 aus der Parkplatzbewirtschaftung enthalten.

	Budget 2023	Budget 2022	Rechnung 2021
Transferaufwand	37'635'100	37'999'100	36'030'134.00

- Die Beiträge in den kantonalen Lastenausgleich werden wie folgt prognostiziert:

	Budget 2023	Budget 2022	Rechnung 2021
2110 Lehrergehälter Kindergarten	470'000	524'000	405'916.50
2111 Lehrergehälter Basisstufe	71'000	73'000	65'735.25
2120 Lehrergehälter Primarstufe	2'452'000	2'375'000	2'339'317.75
2130 Lehrergehälter Sekundarstufe 1	1'522'000	1'431'000	1'412'541.50
Total LA Lehrergehälter	4'515'000	4'403'000	4'223'511.00
5320 Ergänzungsleistungen	2'776'000	2'771'000	2'689'527.00
5410 Familienzulagen	58'000	69'000	64'200.00
5799 Sozialhilfe	6'451'000	6'635'000	5'871'791.50
6291 Öffentlicher Verkehr	1'290'000	1'301'000	1'078'564.00
9300 Neue Aufgabenteilung	2'122'000	2'127'000	2'091'436.00
Total Lastenverteiler	17'212'000	17'306'000	16'019'029.50
9300 Finanzausgleich (Disparitätenabbau)	1'052'000	1'194'000	891'754.00
Total Finanz- und Lastenausgleich	18'264'000	18'500'000	16'910'783.50

- Die angestiegenen Zahlungen in den Disparitätenabbau des Finanzausgleichs sind auf die ausserordentlich hohen Steuererträge 2020 zurückzuführen. Diese werden aufgrund des harmonisierten Steuerertrages pro Kopf der vorangehenden drei Jahre (2020 – 2022) berechnet.
- Aufgrund der SuS-Zunahme werden auf das Schuljahr 2022/23 zwei weitere Klassen eröffnet, was die Beiträge in den Lastenausgleich "Lehrergehälter" für 2023 ansteigen lassen wird.

- Wegen der Corona-Krise ist der Aufwand des kantonalen Lastenausgleichs "Sozialhilfe" für die individuelle Sozialhilfe sowie die entsprechenden Besoldungskosten für das Personal auf den Sozialdiensten glücklicherweise etwas weniger stark angestiegen als erwartet.
Jedoch werden überdurchschnittlich viele Personen aus dem Flüchtlings- und Asylbereich in die Zuständigkeit der Gemeinden wechseln. Daraus ergeben sich in der individuellen Sozialhilfe signifikante Mehrkosten.
- Das Defizit der Regio Feuerwehr zulasten der Sitzgemeinde Belp beträgt CHF 888'800 und ist damit um CHF 95'200 geringer als im Vorjahresbudget.
- Die internen Verrechnungen zulasten der Spezialfinanzierungen Abwasser und Abfall sind gemäss Vorjahresrechnung 2021 um total CHF 64'900 tiefer zu budgetieren.
- Da die Musikschule Gürbetal ein strukturelles Defizit ausweist, sollen die Gemeindebeiträge erhöht werden. Der Mehraufwand im Budget 2023 beträgt gegenüber dem Vorjahr CHF 21'900.
- Trotz der voraussichtlichen Zunahme der Fallzahlen werden die Sozialhilfeunterstützungen des Regionalen Sozialdienstes analog Vorjahresbudget auf CHF 13,7 Mio. veranschlagt. Dafür werden die Alimentenbevorschussungen um voraussichtlich CHF 50'000 abnehmen. Die Kosten können in den kantonalen Lastenausgleich eingegeben werden.
- Gestützt auf die Hochrechnungen 2022 wird die Herausgabe von Betreuungsgutscheinen mit CHF 880'000 um CHF 40'000 höher budgetiert als 2022. Der Selbstbehalt der Gemeinde Belp beträgt 20 % oder CHF 172'000.

	Budget 2023	Budget 2022	Rechnung 2021
Ausserordentlicher Aufwand	2'014'600	1'876'100	1'430'614.85

Der ausserordentliche Aufwand beinhaltet die obligatorischen Einlagen in die finanzpolitischen Reserven in der Höhe von voraussichtlich CHF 2'014'600.

	Budget 2023	Budget 2022	Rechnung 2021
Interne Verrechnungen	3'311'500	3'061'100	3'106'475.62

Bei den internen Verrechnungen werden Personal- und Sachaufwand, Zinsen und Abschreibungen sowie Erträge zwischen den einzelnen Funktionen verrechnet, mit dem Ziel, die wirtschaftliche Aufgabenerfüllung je Aufgabenbereich beurteilen zu können. Im Gegensatz zum HRM1 werden jedoch nur Aufwände und Erträge innerhalb des allgemeinen Haushalts intern weiterverrechnet. Gegenseitige Verrechnungen mit Spezialfinanzierungen werden über die Sachgruppen 3612 bzw. 4612 verbucht.

	Budget 2023	Budget 2022	Rechnung 2021
Fiskalertrag	29'426'000	29'024'500	27'465'989.60

Die Steuererträge werden wie folgt budgetiert:

	Budget 2023	Budget 2022	Rechnung 2021
400 Direkte Steuern natürliche Personen	22'070'000	21'370'000	21'300'970.70
4000 Einkommenssteuern natürliche Personen	19'670'000	19'135'000	18'979'319.65
4001 Vermögenssteuern natürliche Personen	1'990'000	1'830'000	2'000'962.15
4002 Quellensteuern natürliche Personen	410'000	405'000	320'688.90
401 Direkte Steuern juristische Personen	3'651'000	3'971'000	2'746'698.25
4010 Gewinnsteuern juristische Personen	3'600'000	3'960'000	2'807'357.20
4011 Kapitalsteuern juristische Personen	51'000	11'000	-57'704.35
4019 Übrige direkte Steuern juristische Personen			-2'954.60
402 Übrige direkte Steuern	3'661'000	3'640'500	3'373'760.65
4021 Grundsteuern	2'600'000	2'600'000	2'513'185.60
4022 Vermögensgewinnsteuern	950'000	970'000	762'053.25
4024 Erbschafts- und Schenkungssteuern	75'000	35'000	70'711.05
4029 Eingang abgeschriebene Steuern	36'000	35'500	27'810.75
403 Besitz- und Aufwandsteuern	44'000	43'000	44'560.00
4033 Hundesteuer	44'000	43'000	44'560.00

Die Berechnung der Steuern wurde mit der FILAG-Hilfe des Kantons aus optimistischer Sicht vorgenommen.

Bei den Einkommenssteuern 2023 von CHF 18'980'000 wird mit einer Erhöhung von 2,1 % gegenüber den Hochrechnungen 2022 gerechnet.

Gestützt auf die Erfahrungswerte der letzten Jahre werden Einkommenssteuern aus Vorjahren, Nachsteuern und Nettoerlöse aus Steuerteilungen von CHF 690'000 erwartet.

Die Vermögenssteuern 2023 werden mit CHF 1'870'000 und voraussichtlich einem Zuwachs von 2,0 % gegenüber der Hochrechnung 2022 zu stehen kommen. Auch hier werden zusätzlich noch Vorjahressteuern und Nettoerlöse aus Steuerteilungen von CHF 120'000 prognostiziert.

Die Gewinn- und Kapitalsteuern sind sehr schwierig zu budgetieren. Es wird ein ordentlicher Steuerertrag von CHF 3'550'000 prognostiziert. Zusätzlich wird ein Ertrag aus Vorjahren und aus Steuerteilungen von netto CHF 101'000 erwartet.

Die übrigen direkten Steuern werden aufgrund von Erfahrungswerten budgetiert.

	Budget 2023	Budget 2022	Rechnung 2021
Regalien und Konzessionen	690'000	641'000	692'420.65

Die Konzessionsabgaben der Energie Belp AG für den Ortsteil Belp und der BKW Energie AG für den Ortsteil Belpberg werden insgesamt mit CHF 690'000 veranschlagt.

	Budget 2023	Budget 2022	Rechnung 2021
Entgelte	10'627'700	9'798'200	10'857'987.10

- Bei der voraussichtlichen Zunahme von Betreuungsstunden und Kindern in der Tagesschule wird mit um CHF 60'000 höheren Gebührenerträgen gerechnet.
- Zudem werden aufgrund des Werts aus der Jahresrechnung 2021 die übrigen Erträge bei den Sozialhilfeunterstützungen um voraussichtlich CHF 700'000 höher ausfallen.
- Die voraussichtlichen Erträge im Giessenbad werden nach dem Rückgang der Eintritte während der Corona-Pandemie um CHF 35'000 sowie die Abwasser- und Kehrriechtabfuhrgebühren um CHF 47'100 zunehmen.

	Budget 2023	Budget 2022	Rechnung 2021
Verschiedene Erträge	1'000	0	2'571.10

Keine Bemerkungen.

	Budget 2023	Budget 2022	Rechnung 2021
Finanzertrag	2'212'200	2'348'100	2'651'359.30

- Die voraussichtliche Dividende auf dem Aktienkapital der Energie Belp AG soll 2023 CHF 750'000 betragen und liegt damit um CHF 190'000 unter dem Vorjahresbudget.
- Aus der Vermietung der Zivilschutzanlage Neumatt werden nach Vollendung der Sanierung Mehrerträge von CHF 63'400 erwartet.

	Budget 2023	Budget 2022	Rechnung 2021
Entnahmen aus Fonds und Spezialfinanzierungen	360'000	357'700	178'846.10

Die Entnahme aus der Spezialfinanzierung "Werterhalt Abwasser" zur Finanzierung der ordentlichen Abschreibungen sowie von Ausgaben in der Erfolgsrechnung mit Investitionscharakter unter der Aktivierungsgrenze wird mit CHF 352'000 veranschlagt, was einer Zunahme um CHF 9'300 entspricht.

	Budget 2023	Budget 2022	Rechnung 2021
Transferertrag	17'249'400	17'948'800	16'352'031.44

- Infolge Zunahme der Fallzahlen und der teilweise ausgeglichenen Teuerung beim Kinder- und Erwachsenenschutz werden die Entschädigungen des Kantons um CHF 65'000 zunehmen.
- Die Kantonsbeiträge an die Tagesschule im Budget 2022 wurden zu hoch angesetzt. Es wird ein um CHF 107'000 geringerer Ertrag 2023 erwartet.
- Folgende Nettoaufwände werden durch den kantonalen Lastenausgleich "Sozialhilfe" finanziert und sind gegenüber dem Vorjahresbudget um insgesamt CHF 757'000 tiefer:

- 5430 Alimentenbevorschussung und -inkasso	CHF	45'000
- 5444 Personalaufwand offene Kinder- und Jugendarbeit (LA-berechtigt)	CHF	216'000
- 5720 Gesetzliche wirtschaftliche Hilfe	CHF	8'147'000
- 5720 Inkassoprovision auf Rückerstattungen Dritter der Sozialhilfe	CHF	30'000
- 5796/5798 Personalaufwand Regionaler Sozialdienst (LA-berechtigt)	CHF	1'516'000
- In der Sozialhilfe wird mit um CHF 100'000 höheren Prämienverbilligungsbeiträgen gerechnet. Diese kommen vollumfänglich dem Lastenausgleich Sozialhilfe zugute.
- Das budgetierte Betriebsdefizit der Regio Feuerwehr Belp beträgt CHF 1'679'400 und ist damit um CHF 181'400 tiefer als im Vorjahresbudget.
- Angesichts der Zunahme von auswärtigen SuS in der Sekundarstufe 1 wird mit höheren Schulgelderträgen um CHF 145'000 gerechnet.
- Das Defizit der Betriebsrechnung des Regionalen Sozialdienstes Belp wird voraussichtlich CHF 63'100 betragen, was einem Zuwachs um CHF 62'100 entspricht.

	Budget 2023	Budget 2022	Rechnung 2021
Ausserordentlicher Ertrag	2'348'900	2'348'900	3'235'590.00

- Ab 2021 kann, nach Abzug der einmaligen Einlage 2021 in die Schwankungsreserve, die Neubewertungsreserve innert 5 Jahren linear aufgelöst werden, was zu einem jährlichen Buchgewinn von CHF 1'567'600 führt. Der Bestand in der Schwankungsreserve beträgt CHF 886'710.
- Seit dem Jahr 2017 kann während linear 16 Jahren mit CHF 781'300 die Auflösung des Aufwertungsgewinns, welcher bei der Gründung der Energie Belp AG verbucht werden konnte, als Buchgewinn realisiert werden.

	Budget 2023	Budget 2022	Rechnung 2021
Interne Verrechnungen	3'311'500	3'061'100	3'106'475.62

Siehe Bemerkungen beim Aufwand.

2.2 Zusammenzug Erfolgsrechnung nach funktionaler Gliederung

	Budget 2023		Budget 2022		Rechnung 2021	
	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
FUNKTIONALE GLIEDERUNG	66'597'700	66'597'700	65'989'500	65'989'500	64'713'021.24	64'713'021.24
0 Allgemeine Verwaltung	4'812'400	800'900	4'834'000	871'700	4'708'568.63	754'173.25
Nettoaufwand		4'011'500		3'962'300		3'954'395.38
1 Öffentliche Ordnung und Sicherheit, Verteidigung	5'234'200	4'789'600	5'405'300	4'855'100	4'768'099.40	4'422'635.10
Nettoaufwand		444'600		550'200		345'464.30
2 Bildung	10'669'500	1'676'400	10'115'700	1'600'300	9'711'750.06	1'376'766.70
Nettoaufwand		8'993'100		8'515'400		8'334'983.36
3 Kultur, Sport und Freizeit, Kirche	1'659'600	479'800	1'616'000	435'800	1'519'597.96	451'410.65
Nettoaufwand		1'179'800		1'180'200		1'068'187.31
4 Gesundheit	55'100		68'200		149'194.90	
Nettoaufwand		55'100		68'200		149'194.90
5 Soziale Sicherheit	29'638'100	19'510'300	29'511'400	19'198'600	28'619'827.96	19'246'445.47
Nettoaufwand		10'127'800		10'312'800		9'373'382.49
6 Verkehr und Nachrichtenübermittlung	3'632'200	764'500	3'674'100	763'000	3'219'394.22	752'441.12
Nettoaufwand		2'867'700		2'911'100		2'466'953.10
7 Umweltschutz und Raumordnung	4'999'400	4'095'500	5'036'600	4'120'100	4'912'657.05	3'782'161.85
Nettoaufwand		903'900		916'500		1'130'495.20
8 Volkswirtschaft	36'300	716'800	35'700	672'800	21'191.10	711'283.20
Nettoertrag	680'500		637'100		690'092.10	
9 Finanzen und Steuern	5'860'900	33'763'900	5'692'500	33'472'100	7'082'739.96	33'215'703.90
Nettoertrag	27'903'000		27'779'600		26'132'963.94	

3. Investitionsrechnung

Nachfolgend sind die geplanten Nettoinvestitionen, welche den Berechnungen der Kapitalkosten (Abschreibungen und Zinsen) zugrunde liegen, ersichtlich:

Projekte	Funktion	Betrag in CHF
Allgemeiner Haushalt		4'243'000
ASF Atemschutzfahrzeug	1506	88'000
Verkehrs-/Transportfahrzeug	1506	87'000
Erneuerung Garderoben Giessenbad	3411	20'000
Sanierung Wärmeverteilung Dorfzentrum	292	121'000
Sanierung Saalbau Dorfzentrum	292	10'000
Schloss Belp – Spielplatz und Umgebung	293	50'000
Sanierung Kindergarten Hühnerhubel I+II	2170	490'000
Sanierung Jugendhaus	290	30'000
Ersatzneubau Schulanlage Mühlematt	2170	1'000'000

Sanierung Schulanlage Dorf	2170	50'000
Sanierung Turnhalle Schulanlage Dorf	2170	100'000
BGK Bahnhof Belp	6150	50'000
Sanierung Einschlagweg	6150	37'000
Sanierung Gerbeweg	6150	40'000
Sanierung Muristrasse Süd	6150	530'000
Umsetzung Verkehrsrichtplan (Tempo 30 Dorfkern)	6150	30'000
Ersatz Rollmatt-/Breitmattbrücke	6150	290'000
Ersatz Schützenfahrbrücke	6150	200'000
Öffentliche Beleuchtung: Umrüstung auf LED	6150	270'000
Greulenbach, Offenlegung ab Riedli	7410	80'000
Instandsetzung Oelegaben	7410	55'000
Offenlegung Seitengräben Heitern	7410	55'000
Instandsetzung Aareufer	7410	300'000
Ersatz Kommunalfahrzeug Werkhof	6150	240'000
Ersatz Meilis Werkhof	6150	20'000
Spezialfinanzierung Abwasserentsorgung		866'000
Betriebs- und Gestaltungskonzept Bahnhof Belp	7201	50'000
Sanierung Gerbeweg	7201	20'000
Sanierung Muristrasse Süd	7201	450'000
Sanierungen Leitungen Belpberg	7201	200'000
Generelle Entwässerungsplanung Belp	7201	50'000
Ersatz Pumpwerke Belpberg	7201	60'000
Rahmenkredit Fremdwasserreduktion	7201	36'000
Spezialfinanzierung Abfall		50'000
Sammelstelle Ahornweg	7301	50'000
Total Nettoinvestitionen Gesamthaushalt		5'159'000

Insgesamt sind netto CHF 5'159'000 an Investitionen geplant, welche mit der Selbstfinanzierung von CHF 1'341'600 zu 26,0 % aus eigenen Mitteln finanziert werden können (Vorjahr 23,7 %).

Während die Netto- und Bruttoinvestitionen in den beiden Spezialfinanzierungen Abwasser und Abfall identisch sind, betragen die voraussichtlichen Bruttoinvestitionen im allgemeinen Haushalt CHF 6'993'000. Insgesamt werden Investitionseinnahmen von CHF 2'750'000 erwartet. Dabei handelt es sich um Bundes- und Gemeindebeiträge für die Gewässerverbauungen Heitern und Greulenbach. Die Anschlussgebühren und allfällige Planungsmehrwerte werden nach HRM2 in der Erfolgsrechnung erfasst.

Das Investitionsbudget 2022 sah Nettoinvestitionen im allgemeinen Haushalt von CHF 3'596'000, in der SF Abwasser von CHF 695'000 und in der SF Abfall von CHF 12'000 vor. Insgesamt waren Investitionen von CHF 4'303'000 geplant.

Zum Teil wurden die Kredite für diese Investitionen bereits beschlossen. Alle übrigen geplanten Vorhaben werden dem zuständigen Beschlussorgan als einzelne Verpflichtungskredite noch vorgelegt.

Die Auflistung dieser Investitionsvorhaben ist unverbindlich und beruht auf Kostenschätzungen, sofern noch kein Kreditbeschluss vorliegt. Das Investitionsbudget ist ein Führungs- und Planungsinstrument der Behörden und wird vom Gemeinderat beschlossen.

4. Eigenkapitalnachweis

Nachfolgend der Nachweis über das voraussichtliche Eigenkapital per 31. Dezember 2023:

Eigenkapitalnachweis		EK n. HRM2 01.01.2022	Veränd. Budget 2022	EK n. HRM2 01.01.2023	Veränd. Budget 2023	EK n. HRM2 31.12.2023
29	Eigenkapital	53'453'020	-597'700	52'855'320	-366'300	52'489'020
290	Spezialfinanzierungen im EK	13'421'531	-1'222'500	12'199'031	-1'106'300	11'092'731
29000.01	SF Parkplatzbewirtschaftung	282'249	20'000	302'249	46'000	348'249
29002.01	SF Abwasserentsorgung RA	3'924'378	-339'700	3'584'678	-297'000	3'287'678
29003.01	SF Abfallentsorgung RA	621'154	-121'500	499'654	-74'000	425'654
29005.01	SF Übertrag Verwaltungsvermögen	8'593'750	-781'300	7'812'450	-781'300	7'031'150
293	Vorfinanzierungen	10'364'635	316'300	10'680'935	293'000	10'973'935
29300.01	Planungsmehrwerte	0	0	0	0	0
29302.01	Abwasserentsorgung Werterhalt	10'364'635	316'300	10'680'935	293'000	10'973'935
294	Reserven	9'787'583	1'876'100	11'663'683	2'014'600	13'678'283
29400.01	Finanzpolitische Reserven	9'787'583	1'876'100	11'663'683	2'014'600	13'678'283
296	Neubewertungsreserven FV	7'157'243	-1'567'600	5'589'643	-1'567'600	4'022'043
29600.01	Neubewertungsreserven FV	6'270'533	-1'567'600	4'702'933	-1'567'600	3'135'333
29601.01	Schwankungsreserven FV	886'710	0	886'710	0	886'710
299	Bilanzüberschuss/-fehlbetrag	12'722'028	0	12'722'028	0	12'722'028
29900.01	Jahresergebnis		0		0	
29990.01	Kumulierte Ergebnisse Vorjahre	12'722'028		12'722'028		12'722'028

Der Bilanzüberschuss des allgemeinen Haushalts wird per Ende 2023 voraussichtlich CHF 12,7 Mio. betragen, was knapp sieben Steuerzehnteln entspricht.

Der Kostendeckungsgrad 2023 der Abwasserentsorgung beträgt 88,9 %.

Bewusst soll das aktuell hohe Eigenkapital der Spezialfinanzierung von CHF 3,9 Mio. abgebaut werden.

In der Spezialfinanzierung Werterhalt beträgt die Rückstellung per 1. Januar 2022 CHF 10,36 Mio., welche für die Finanzierung von Abschreibungen und werterhaltenden Massnahmen unterhalb der Aktivierungsgrenze zur Verfügung stehen.

Der Kostendeckungsgrad 2023 der Abfallentsorgung beträgt 94,5 %.

Das aktuelle Eigenkapital der Spezialfinanzierung beläuft sich aktuell auf CHF 621'154.

ANTRAG DES GEMEINDERATS

Der Gemeinderat beantragt der Gemeindeversammlung, gestützt auf seine Ausführungen und Artikel 35 Absatz d der Gemeindeordnung, folgenden **Beschluss** zu fassen:

1. Die **Gemeindesteuer** beträgt **unverändert** das **1,34-fache** der einfachen Steuer für natürliche und juristische Personen.
2. Die **Liegenschaftssteuer** beträgt **unverändert 1,0 Promille** des amtlichen Werts.
3. Das **Budget 2023** der Einwohnergemeinde Belp wird mit einem **ausgeglichenen Ergebnis im allgemeinen Haushalt** genehmigt.

Zusammen mit den Ergebnissen der Spezialfinanzierungen beträgt der Aufwandüberschuss insgesamt CHF 371'000, bestehend aus:

	<i>Aufwand</i>		<i>Ertrag</i>	
Gesamthaushalt	CHF	66'597'700	CHF	66'226'700
Aufwandüberschuss			CHF	371'000
Allgemeiner Haushalt	CHF	62'577'700	CHF	62'577'700
Ertragsüberschuss	CHF	0		
SF Abwasserentsorgung	CHF	2'669'000	CHF	2'372'000
Aufwandüberschuss			CHF	297'000
SF Abfallentsorgung	CHF	1'351'000	CHF	1'277'000
Aufwandüberschuss			CHF	74'000

REFERAT

Referent: Gemeinderat Johann Walther

Gemeinderat Johann Walther begrüsst die Versammlung. Es freue ihn, dass die Versammlung trotz des trockenen Traktandums "Budget" so zahlreich erschienen sei. Er versuche, das Geschäft so erfrischend und verständlich wie möglich vorzutragen. Das Referat setze sich wie folgt zusammen:

- Budgetergebnisse 2023, Vergleich Bund / Kanton Bern
- Übersicht Gesamtergebnis Gemeinde
- Vergleich Ergebnis Allgemeiner Haushalt
- Gesamtaufwand
- Zahlungen Finanz- und Lastenausgleich
- Gesamtertrag
- Nettoinvestitionen, z.B. Schulanlagen, Sanierungen / Erneuerungen Gemeindestrassen und Brücken, Gewässerverbauungen
- Aufgaben- und Finanzplan 2022 – 2027, Rechnungsergebnis mit Steueranlage 1,34 / Zunahme Verschuldung vs. Cashflow

Abschliessend trägt Gemeinderat Johann Walther den Antrag des Gemeinderats vor.

Gemeindepräsident Benjamin Marti dankt dem Departementsvorsteher Finanzen für das Referat. Er erkundigt sich bei der Versammlung nach einem Wortbegehren zum Budget 2023.

DISKUSSION

Hans Bachmann begrüsst die Versammlung und wünscht, etwas zum Steuerfuss vorzubringen. Die Zahlen, die der Versammlung vorgestellt wurden, seien überzeugend. Die Gemeinde habe keinen Notstand, den Steuerfuss zu erhöhen. Aber die letzten 2 Jahre, in denen wir hier politisieren, seien wir das Stimmvolk, dass das Sagen habe und immer Recht habe. Wir haben auch entschieden, wer im Gemeinderat sitze. Wir haben den Gemeinderatsmitgliedern unser Vertrauen geschenkt, dass sie ihre Arbeit gut machen. Wer trage nun die Verantwortung? Die Personen, die wir in den Gemeinderat delegiert haben,

oder wir alle zusammen? Wir haben auch Fehler gemacht. Vor 2 Jahren haben wir zugestimmt, das politische Geschehen so umzusetzen. Und in letzter Zeit lehnen wir das Geschehen ab und unterstützen die Vorschläge nicht mehr. So dürfe nicht weiter politisiert werden, weil wir so nirgends hingelangen in Belp. Und es gebe noch so viel Nachholbedarf, der nicht erledigt werden könnte. Die Gemeinde habe nun ein ausgeglichenes Budget vorgelegt, aber mit vielen Abstrichen, weil die nötigen Ressourcen fehlen. Die Pendenzen häufen sich stetig an, immer ein wenig mehr, so dass sie enorm gross seien. Das abgelehnte Schulhaus sei nicht die einzige Baustelle. Es gebe genügend andere, die erledigt werden sollten. Und die Finanzen dazu, für die wir alle gemeinsam verantwortlich seien, seien ein Teil davon. Es brauche diese Finanzen. Betrachte man, wie viel nicht getätigt werde, seien wir im Rückstand. Wenn jemand privat ein neues Auto kaufen wolle, so plane er dies, spare vielleicht sogar ein wenig vor, und dann kaufe er es. Die Gemeinde könne natürlich anders rechnen: Sie könne viel mehr Schulden machen, ohne in den Konkurs zu gehen. Dies sei bei einer Gemeinde nicht möglich. Die Gemeinde werde höchstens vom Kanton bevormundet, falls es irgendwann nicht mehr gehen sollte.

Hans Bachmann schlägt vor, dass wir vom Volk sagen sollten, dass wir vorwärts machen und nicht immer alles verhindern wollen. Wir sollten nun den Steuerfuss moderat erhöhen auf 1,40, da er irgendwann sowieso ansteigen müsse. Dies wäre gut verträglich. Und danach müsste beobachtet werden, ob der Gemeinderat mehr erledigen könnte, wenn es mehr Überschuss gebe als heute. Das Geld werde nicht rausgeworfen, es gehe in die finanzpolitischen Reserven. Dies seien wirkliche Reserven, die nicht einfach verschleudert werden können.

Deshalb stellt Hans Bachmann den Antrag, den 1,34-fachen Steuerfuss abzulehnen und auf 1,40 zu erhöhen.

Gemeindepräsident Benjamin Marti dankt Hans Bachmann für sein Votum. Er fasst zusammen, dass der Antrag um Steuerhöhung von 1,34 auf 1,40 gestellt werde, und gibt das Wort dazu frei.

Adrian Graf begrüsst die Versammlung. Als Mitglied der Finanzkommission kenne er die Zahlen gut. Obschon er nicht mit Hans Bachmann gesprochen habe, habe er ebenfalls einen Antrag dabei. (Adrian Graf bittet, die erste Folie seiner Präsentation zu zeigen.)

Im Jahr 2018 habe die Grüne Belp einen Antrag um Steuererhöhung von 1 Zehntel gestellt, mit der Überschrift "Spare in der Zeit, dann hast du in der Not ...". Die Not werde immer grösser, grösser und grösser. Wie bereits Hans Bachmann erwähnt habe, sehe es in der Bilanz oder in der Rechnung zwar noch positiv aus. Schauen man jedoch, wieviel Geld die Gemeinde in der Tasche habe, sei es ein wenig anders. Adrian Graf kann die gleichen Argumente aufzählen: Der Nachholbedarf sei riesig, es werde nichts gemacht, man komme nicht vorwärts, die Gemeinde habe Ende des Budgetjahrs rund CHF 25 Mio. Schulden, aber etwas Grösseres sei nicht erledigt. Mit diesen rund CHF 5 Mio. schaffe die Gemeinde knapp das "Kleingemüse" zur Seite, das im Garten herumliege. (Adrian Graf bittet, die zweite Folie zu zeigen.)

Für Adrian Graf sind folgende drei Punkte entscheidend:

- Cashflow von CHF 1,34 Mio. Dieses Geld sei vorhanden und könne wirklich ausgegeben werden. Die weiteren finanziellen Mittel kommen von der Bank und nicht aus der Bilanz. Die Bilanz zahle keinen einzigen Franken direkt. Es sei Buch- oder Papiergeld, mit dem nichts bezahlt werden könne. Das bedeute, dass im nächsten Jahr CHF 3 Mio. frisches Kapital aufgenommen werden müssen bei CHF 25 Mio. Schulden. Und trotzdem sei noch nichts erledigt.

Es spiele keine Rolle, ob die "Mühlematt" bei einer Sanierung in 5 – 10 Jahren CHF 20, 30, 40 oder sogar CHF 50 Mio. koste, irgendwann brauche es Geld. Es lohne sich, wenn die Gemeinde jetzt Geld spare oder Schulden abbaue, wenn sie zu viel Überschuss habe. 1 Steuerzehntel betrage pro Jahr ungefähr CHF 2 Mio. (Adrian Graf bittet, die dritte Folie zu zeigen.)

- In seiner Zusammenstellung hat Adrian Graf mit den gleichen Zahlen gerechnet wie die Gemeinde in ihrer Abstimmungsbotschaft. Für die einzelnen steuerpflichtigen Personen bedeute die Erhöhung auf 1,44 folgende Steuerzunahme:

Steuerpflichtige Person	Zunahme bei Steuer 1.44
Ledig Steuerbares Einkommen 80'000.– Steuerbares Vermögen 0.–	+ CHF 343.60

Verheiratet Steuerbares Einkommen 60'000.– Steuerbares Vermögen 0.–	+ CHF 205.20
Verheiratet Steuerbares Einkommen 100'000.– Steuerbares Vermögen 500'000.–	+ CHF 422.–

- (Adrian Graf bittet, die letzte Folie zu zeigen.) Adrian Graf erklärt, dass die Folie den vollständigen Antrag der Grünen Belp zeige. Die Partei fordere die Erhöhung der Gemeindesteuer um einen Steuerzehntel auf 1,44. Thomas Reusser, Leiter Finanzen, habe die Zahlen in der unter c) aufgeführten Tabelle bereits neu berechnet, damit die Auswirkungen für die Versammlung ersichtlich seien, nämlich

*Das Budget 2023 der Einwohnergemeinde Belp wird mit einem **Ertragsüberschuss in der Höhe von CHF 1'202'800 im allgemeinen Haushalt** genehmigt. Der Mehrertrag bei den Steuern beträgt CHF 1,8 Mio. Zusammen mit den Ergebnissen der Spezialfinanzierungen beträgt der Ertragsüberschuss insgesamt CHF 830'800, bei einer Einlage in die finanzpolitischen Reserven von CHF 2'612'800 statt CHF 2'014'600, bestehend aus:*

	Aufwand	Ertrag
Gesamthaushalt	CHF 66'597'700	CHF 67'428'500
Ertragsüberschuss	CHF 830'800	
Allgemeiner Haushalt	CHF 62'577'700	CHF 63'779'500
Ertragsüberschuss	CHF 1'201'800	
SF Abwasserentsorgung	CHF 2'669'000	CHF 2'372'000
Aufwandüberschuss		CHF 297'000
SF Abfallentsorgung	CHF 1'351'000	CHF 1'277'000
Aufwandüberschuss		CHF 74'000

Adrian Graf bittet die Versammlung, der Gemeinde ein wenig mehr Handlungsspielraum zu geben oder eben in der Zeit zu sparen, damit das Geld, wenn es gebraucht werde, auch zur Verfügung stehe. An dieser Stelle weise er darauf hin, dass Ittigen CHF 44 Mio. auf der hohen Kante habe für die Sanierung ihrer Liegenschaften. Ittigen habe diese CHF 44 Mio. einfach parat! Die Gemeinde sei zwar einwohnermässig etwas kleiner als Belp, habe es aber geschafft zu sparen. Belp schaffe es einfach nie! Adrian Graf dankt für die Aufmerksamkeit.

Der Vorsitzende dankt Adrian Graf. Nun liegen bereits zwei Anträge um Steuererhöhung vor in unterschiedlichem Mass. Er mache beliebt, vorerst die Diskussion zu führen, da er davon ausgehe, dass es zu diesem Thema Voten gebe. Es interessiere, ob die Versammlung für eine Steuererhöhung oder eine gleichbleibende Steueranlage sei. In der Diskussion müsse nicht spezifisch auf 1,40 oder 1,44 eingegangen werden. In der Abstimmung werden diese beiden Anträge gegenübergestellt und ausgemehrt.

Der Vorsitzende erkundigt sich nach Wortbegehren zum Thema Steuererhöhung in der Gemeinde Belp.

Cornelia Born begrüsst die Versammlung. Sie erklärt, dass die Grünliberale eine Steuererhöhung unterstütze.

Richard Humbel begrüsst die Versammlung. Sowohl als Privatperson wie auch als Mitglied der Finanzkommission, in der er u.a. mit Adrian Graf zusammenarbeite, unterstütze er den Antrag der Grünen Belp, wonach der Steuersatz auf 1,44 erhöht werden soll. So stehe die Gemeinde in den nächsten Jahren besser da. Es sei auch privat so: Wenn Liegenschaften saniert werden müssen, bestehe ein Erneuerungsfonds oder private Ersparnisse, falls man ein Eigentum habe. Da dies bei der Gemeinde in den letzten Jahren vernachlässigt worden sei, müsse jetzt vorwärts geschaut werden. Die Aufstellung zeige, dass die Erhöhung für die meisten Leute nicht so schlimm sei, auch wenn nun die Teuerung zugeschlagen habe. Es seien unsichere Zeiten, aber dennoch gehe es uns immer noch sehr gut. Bei einem Steueransatz von 1,44 wären die Belperinnen und Belper immer noch sehr gut bedient.

Urs Walthert mag keine Steuererhöhungen, bei denen man deren Zweck nicht genau kenne. Vor allem dann, wenn man sehe, wie mit diesem Geld bzw. den Steuerfranken umgegangen werde. Er sei nicht bereit, eine Kasse zu füllen, wenn man nicht wisse, wie damit umgegangen werde. Er sei mit den Herren und Damen des Gemeinderats nicht so zufrieden. In der Ortsplanungsrevision habe man CHF 700'000 ausgegeben, bei der Mühlematt-Schule mit dem Wettbewerb und der Planung CHF 700'000, beim Haltenbad beim Mühlematt-Wettbewerb eine Viertel Million Franken. Und er müsse leider sagen, dass er

noch weitere solche Beispiele aufzählen könnte. Nach der Abstimmung vom 27. November durfte er am Montag danach schriftlich sensible Fragen stellen. Dabei wurde ihm gesagt, dass er sich nur noch an Frau Straub von der Führungsassistenten-Unterstützung wenden dürfe, also an die sprechende Assistentin von Herrn Marti, nicht mehr an irgendeinen Sachbearbeiter. Früher durfte man noch mit dem Gemeindevorstand kommunizieren. Diesen gebe es nicht mehr – das sei auch so eine Erscheinung. Er sei einfach absolut nicht begeistert, wie die Geschäfte auf der Gemeinde geführt werden.

Urs Walthert fährt fort, dass an der Gemeindeversammlung vom 3. September 2020 betreffend "Sanierung und Erweiterung Schulanlage Mühlematt" 132 Bürger/innen oder 1,67 % der Stimmberechtigten entschieden haben, dass es entgegen dem Antrag des Gemeinderats einen Totalabriss und Neubau geben soll. Komischerweise habe während der folgenden 2 Jahre niemand dieser Herren und Damen Gemeinderäte inkl. Präsident einen Seitenblick gemacht. Sie haben nicht erkannt, dass dies – Urs Walthert entschuldigt sich für die Wortwahl – ein absoluter Blödsinn gewesen sei. Knapp vor der Abstimmung vom letzten Sonntag konnte noch aufgezeigt werden, was alles Sache und Fakt sei. Darum habe die Stimmbehörde, also die Stimmbürger und auch die Steuerzahler, dieses deutliche Votum gegeben. Nach ihm sei dies eine fantastisch hohe Stimmbeteiligung gewesen für nur zwei Vorlagen. Und eigentlich konnte man bei der Ortsplanung light annehmen, nachdem sie vor einem Jahr in den Kübel geworfen wurde, dass ein paar Sachen weiterbenutzt werden können. Nun liege das Resultat auf dem Tisch. Vor einem Jahr die Ablehnung der Ortsplanung, nun diejenige der Schulhausplanung. Er wünsche sich, dass die Herren und Damen Gemeinderäte ein bisschen umsichtiger seien und ein bisschen den Puls fühlen von der Sachlage, von den Fakten, von den Bürgern und welche Meinung sie haben. Dies sei mehrmals bei verschiedenen Vorlagen nicht gemacht worden. Und deshalb finde er es bedauerlich, wenn man jetzt mit einer Steuererhöhung komme und sage, dass die Steuern erhöht werden sollen. Dann gebe man diesen Leuten, die da vorne sitzen und mit dem Geld haushalten, einfach wieder mehr Geld in die Finger. Aber diese Leute haben es eigentlich nicht verstanden, damit haushälterisch umzugehen.

Die sensiblen Fragen, die Urs Walthert jetzt der Gemeinde gestellt habe, werden nicht ein so optimales Bild liefern, weshalb es verständlich sei, dass er die Antworten noch nicht erhalten habe. Aber er bitte die Versammlung, dem Antrag des Gemeinderats wenigstens jetzt, wenn er selber einsehe, dass es nicht sinnvoll sei, in dieser Situation eine Steuererhöhung zu beschliessen, zu folgen. Dies wurde im Gemeinderat wohl überlegt. Und jetzt sollte die Versammlung diesem Antrag eigentlich folgen und dem Gemeinderat Zeit geben, für einmal seriös vorwärtszuschauen und zu planen. Umso mehr, weil die Daten, die der Gemeinderat habe – auch in der Schulraumplanung – von 2018 seien. Die Daten basieren auf einem Wachstum der Ortsplanungsrevision, die nicht angenommen wurde. Sie basieren weiter auf Schülerzahlen von Kaufdorf und Toffen, welche die Rechnung noch mitbeinhalte. Oftmals seien es einfach falsche Grundlagen, und dann baue man weiter darauf auf. Und was die Gemeinde so schön mache, sei die Beschäftigung dieser externen Planungsleute, die gut den Kosten anzusehen seien: Ortsplanung CHF 700'000, Mühlematt-Wettbewerb CHF 560'000, danach noch aufgerundet – dies seien wohlverstanden nur die externen Kosten. Die Gemeinde könne ihm nicht sagen, wie hoch die Vollkostenrechnung sei. Sie habe die Kosten nicht einmal geschätzt. Aber die Herren Beamte – Entschuldigung, es seien keine Beamte mehr, sondern Angestellte – seien auch Kosten. Diesen Angestellten bezahle er Lohn. Die Gemeinde sei so grosszügig, da Belp noch wie vor 10 – 15 Jahren plane. Kein privater oder institutioneller Anleger gehe so mit Honoraren um wie die Gemeinde Belp. Darum koste es uns enorm viel. Es sei schade, wenn nachher so viel aus dem Kübel geworfen werde.

Daher ist der Antrag von Urs Walthert oder seine Empfehlung an die Versammlung, dem Antrag von Johann Walther und seiner Crew zu folgen und sie damit seriös arbeiten zu lassen. Der Gemeinderat solle beweisen, dass es besser komme und im nächsten Jahr Antrag stellen für eine Steuererhöhung, wenn die Versammlung auch wisse für was.

Gestützt auf diese Aussagen stellt Gemeindepräsident Benjamin Marti fest, dass der Gemeinderat wahrlich nicht viel gut gemacht haben muss. Urs Walthert bestätigt dies mit einem deutlichen "Ja".

Fritz Tschirren begrüsst die Anwesenden. Er habe sich überlegt, das Zitat "Spare in der Zeit, so hast du in der Not" auch vorzutragen. Aber danach habe er gedacht, dass er so ein wenig antik sei und es und besser nicht sage. Vor 10 Jahren ging es bereits einmal darum, ob die Steuern noch weiter gesenkt werden sollen als 1,34. Und damals sei dies glücklicherweise nicht passiert. Hätte Belp damals mit Sparen begonnen, hätte man jetzt ein kleines Polster und dürfte mehr wagen. Und darum sei es heute mehr als nur an der Zeit, die beiden Anträge zu unterstützen, damit die Steuern erhöht werden.

Helen Lanzrein begrüsst die Versammlung. Schauen man über die Gemeindegrenzen hinaus, dann habe Belp einen sehr tiefen Steuerfuss. Vielleicht gebe es da noch Niederönz, Saanen und ein paar einzelne Dörfer, die tiefer seien. Aber die meisten Gemeinden seien höher. Selbst wenn Belp zwei Steuerzehnteln

erhöhen würde, wäre es noch im hellblauen Bereich. Also bei denjenigen Gemeinden, die im Kanton Bern am wenigsten Steuern bezahlen. Und es gehe ja noch bis ins Dunkelblaue. Man müsse da also nicht kopfschüchtern werden: Wegen eines Steuerzehntels sei Belp immer noch sehr tief in den Steuern verglichen mit anderen Gemeinden.

Samuel Rentsch vermisst, dass weder in den Einladungen noch in der Botschaft zur Gemeindeversammlung etwas zu lesen war, wonach über eine eventuelle Steuererhöhung abgestimmt werde. Alle anderen Stimmbürger/innen wissen nichts davon. Er sei der Meinung, dass dies publik gemacht werden sollte.

Der Vorsitzende dankt für das Votum und nimmt Bezug auf den Antrag, welcher in der Botschaft zum Budget 2023 gedruckt sei. Wie in jedem Jahr stehe im Antrag des Gemeinderats, Seite 15 der Botschaft, Ziffer 1: «Die Gemeindesteuer beträgt unverändert 1,34». Das heisse, dass ein Teil des Beschlusses zum Budget 2023 die Steueranlage sei. Und darum sei es ganz normal, dass in jedem Jahr an der Budget-Gemeindeversammlung ein Antrag gestellt werden könnte auf Steuererhöhung oder Steuersenkung. Der Souverän lege die Steueranlage jedes Jahr neu fest.

Der Vorsitzende weiss, dass Samuel Rentsch ein regelmässiger Gemeindeversammlungsgänger sei, was sehr geschätzt werde. Wenn ihm das neu vorkomme, dass hier einfach so über die Steueranlage gesprochen werde, dann liege es wohl daran, dass es seit der von Fritz Tschirren angesprochenen Versammlung und derjenigen von 2018, in Belp nie mehr eine wesentliche Debatte, wie sie heute geführt werde, gegeben habe. Was hier statfinde, sei also ein ganz normaler Vorgang.

Adrian Graf ist es ein Bedürfnis, Urs Walthert zu antworten. Wenn 108 Leute die Steuern einer ganzen Gemeinde bestimmen können, sei es genau gleich, wie wenn 132 Leute den Bau einer neuen Schulanlage beschliessen. In der Form, wie Belp die Gemeindeversammlung habe, sei dies so. Wenn wir dies nicht so wollen, dann müssen wir eine andere politische Form wählen. Dann müsse sicher aber auch niemand beklagen, wenn 132 Leute einen Entscheid gefällt haben, der einem nicht so passt. Auch er müsse akzeptieren, dass seit rund 7 – 10 Jahren die Steuern nicht erhöht worden. Er finde es müssig zu sagen, dass rund 132 Leute an diesem Schlamassel schuld seien. Der Gemeinderat habe im Übrigen genau das gemacht, was ihm die Gemeindeversammlung aufgetragen habe, nämlich die Vorlage in diesem Rahmen auszuarbeiten. Er durfte keine andere Variante bringen. Der Auftrag lautete klar "Neubau". Dann müsse der Gemeinderat dies auch so umsetzen und vor die Versammlung bringen. Er finde es nicht so fair, wenn dem Gemeinderat vorgeworfen werde, dass er seine Aufgaben nicht richtig gemacht und keine Variantenabstimmung vorgelegt habe.

Der Vorsitzende macht beliebt, dass hier die Diskussion zur Steueranlage geführt werde. Urs Walthert erhalte daher nur Gelegenheit zu sprechen, wenn er ein Votum zur Steueranlage habe.

Urs Walthert fragt, weshalb nicht der Gemeinderat diesen Antrag gestellt habe? Einen Antrag, wonach eine Steuererhöhung vorgesehen werden könnte oder eine Variante? Auch hier vermisse er wieder einen Plan B.

Der Vorsitzende stellt fest, dass der Gemeinderat auch das nicht gut gemacht habe. Aber er könne seine Frage beantworten: Der Gemeinderat habe gesagt, dass am 27. November über den Projektierungskredit abgestimmt werde und das Resultat abgewartet werden soll. Der Beschluss zum Budget 2023, wie er hier beantragt werde, bzw. die Drucklegung der Botschaft seien wesentlich früher passiert. Und der Gemeinderat habe entschieden, den Entscheid vom 27. November nicht vorwegzunehmen, in der Art, wie das Budget 2023 vorgelegt werde.

Urs Walthert fragt vorwurfsvoll, ob dies nun die ganze Antwort gewesen sei. Der Vorsitzende bejaht dies.

Urs Walthert fährt fort, dass die Steuern, wenn der Projektkredit zur Erneuerung der Schulanlage Mühlematt angenommen worden wäre, so wie alle oder auf jeden Fall einzelne Gemeinderatsmitglieder vom Tisch vorne gehofft haben, dann hätten die Steuern doch sowieso und möglichst früh erhöht werden müssen. Jetzt sei er deutlich abgelehnt worden, und nun werden andere Baustellen bekannt. Und jetzt sei der Gemeinderat einfach da und sage, es sei nun einfach so, man wolle es nicht vorwegnehmen. Es dünke ihn eine unkorrekte, unzulässige und unvollständige, Antwort, Benjamin! Urs Walthert möchte gerne die Meinung von Johann Walther hören, der schliesslich Finanzchef sei.

Gemeinderat Johann Walther vertritt die gleiche Meinung wie der Präsident. Benjamin Marti habe das richtig gesagt, dass die Kommission und der Gemeinderat die Erhöhung der Steueranlage beraten haben. Aber es bestanden noch diverse Ungewisse, so z.B. die Teuerung. Der Gemeinderat wusste nicht, ob das Projekt angenommen werde oder nicht. Für nächstes Jahr sei geplant, eine Spezialfinanzierung

zu machen, und zu schauen, ob bei den Liegenschaften irgendwelche Rückstellungen gemacht werden. All das habe die Kommission bewogen, momentan mit einer Steuererhöhung zuzuwarten. Im Aufgaben- und Finanzplan sei die Steuererhöhung ab 2024 um 1 Zehntel, später ab 2025 nochmals um 1 ½ Zehntel vorgesehen.

Marco Jakob beschäftigt noch ein anderes Thema zu den Steuern. Es gebe zwei Schulhäuser, bei denen ziemlich viel saniert werden müsste. Damit die Projekte realisiert werden können, komme die Steuererhöhung sowieso. Dies sei im Zusammenhang mit der "Mühlematt" vorgerechnet worden. Das Projekt werde jetzt nicht gerade in dieser Art kommen, aber irgendwann werde es in einer anderen Form vorliegen. Und wenn wir jetzt nicht irgendetwas mit den Steuern machen, dann müssen es die nächsten Generationen bezahlen. Je früher man etwas auf die Seite lege, desto eher sind es die anwesenden Leute, die für die nächste Generation bürgen. Sonst laden wir der nächsten Generation einfach einen Riesenberg auf, so dass sie dann einfach draussen im Freien Schule haben oder sehr viel Steuern bezahlen müssen. Er sei dafür, die Anträge um Steuererhöhung zu unterstützen.

Markus Klauser begrüsst die Anwesenden. Er habe eine Frage zum kantonalen Finanzausgleich. Ihn interessiere, ob eine Steuererhöhung bedeuten würde, dass wir nachher dem Kanton einen höheren Beitrag abliefern müssen oder ob es Möglichkeiten gebe, dies mit einem Spezialfonds Infrastruktur anders zu steuern.

Der Vorsitzende gibt diese Frage gerne an Thomas Reusser, Leiter Finanzen, weiter.

Thomas Reusser informiert, dass die Steueranlage punkto Finanzausgleich keine Auswirkungen habe. Massgebend sei die Steuerkraft, die Steueranlage spiele keine Rolle.

Im Hinblick auf die zweite Frage antwortet Thomas Reusser, dass eine Spezialfinanzierung möglich sei. Dies haben auch andere Gemeinden, z.B. das vorher genannte Ittigen. Für das brauche es ein Reglement, welches durch die Gemeindeversammlung erlassen werde. In der Finanzkommission haben bereits entsprechende Diskussionen stattgefunden. Der Gemeinderat habe ebenfalls im Oktober 2022 beschlossen, dass das im nächsten Jahr geprüft werde, so dass der Versammlung spätestens im Dezember 2023 ein Reglement vorgelegt werden kann. Dies sei also geprüft, aber noch nicht definitiv beantragt. Aber die Möglichkeit bestehe. Trotzdem müsse beachtet werden, dass mit dem Reglement unter dem Strich auch nicht mehr Geld in der Kasse sei. Es sei kein Eigenkapital, sondern Geld, das in einem Fonds liege. Der Vorsitzende dankt Thomas Reusser für die Erklärungen.

Beat Bürgy hat sich lange überlegt, ob er etwas sagen soll. Er möchte nicht explizit zur Steueranlage etwas sagen. Aber es seien einfach ein paar Fakten untergegangen. Immer wieder heisse es, dass die Gemeinde nichts gespart habe und nicht dazu geschaut wurde. Der eine oder andere wisse, dass er über 30 Jahre zu den Finanzen in der Gemeinde Belp geschaut habe. Auf Seite 14 in der Botschaft stehe, dass Belp auf Ende 2023 finanzpolitische Reserven von CHF 13,6 Mio. habe, plus einen Bilanzüberschuss von CHF 12,7 Mio. Das bedeute, dass Belp über CHF 26 Mio. Reserven habe. Gehe er von einem Steuerzehntel über CHF 2 Mio. aus, seien über die früheren Jahre 13 Steuerzehntel zu viel eingeflossen. Der Kanton empfehle 3 – 5 Steuerzehntel, um derartige Rückstellungen zu machen. Wieso sehen die Zahlen so gut aus? Beat Bürgy hat dies heute studiert. Von 1997 – 2005 gab es gute Geschäftserträge durch Landverkäufe, welche Belp zu einer so guten Finanzlage verholfen haben. Es wurden Planungsmehrwerte von CHF 7 Mio. eingenommen. Von 2004 – 2020 wurden mehr als CHF 45 Mio. in Liegenschaften in Belp investiert. Dies seien Fakten. Bei Geschäften im Zusammenhang mit Schulhäusern werde immer gesagt, dass nie etwas gemacht wurde und die Schulanlagen nicht saniert werden. Man habe schon wieder vergessen, dass die Gemeinde die "Neumatt" erst kürzlich für CHF 13 Mio. saniert habe. Von den insgesamt CHF 45 Mio. seien in dieser Zeit CHF 19 Mio. in die verschiedenen Schulanlagen geflossen. Das sei nicht wenig Geld. Es sei schon klar, dass in der "Mühlematt" etwas gemacht werden müsse.

Beat Bürgy gibt zu bedenken, dass es bei den Schulden so war, dass diese eine Weile lang weit über CHF 30 Mio. gewesen und dann auf CHF 18 Mio. gesunken seien. Jetzt sei die Gemeinde bei CHF 22 Mio. Er glaube nicht, dass die Schulden im 2022 viel ansteigen werden. Wahrscheinlich überhaupt nicht, was vorne am Tisch sicher bestätigt werden könne. Auch er denke, dass die Steuern mittelfristig erhöht werden müssen. Aber erst einmal sollte dieses Reglement erarbeitet werden, wonach die Erträge buchmässig zurückgestellt werden und nicht einfach irgendwo in die Konsole einsickern. Darum empfehle er, zuerst dieses Reglement zu erarbeiten, damit alle Fakten eingebunden werden können.

Für Markus Steinle ist schön, dass man sparen möchte. Wenn es darum gehe, den Steuersatz zu erhöhen, spare man nach seiner Auffassung auf der Ausgabenseite. Das sei wirkliches Sparen. Auf der Ein-

nahmenseite erhöhe man das Potential, um gewisse Rücklagen zu machen. Aber Sparen verstehe er auf der Ausgabenseite. Das störe ihn, weil es für ihn so falsch sei.

Der Vorsitzende erkundigt sich nach weiteren Wortbegehren. Dies ist nicht der Fall. Bevor er zur Abstimmung übergehe, fragt er bei Johann Walther nach, ob dieser noch ein Votum habe.

Johann Walther gibt noch die Folgen der beiden Anträge um Steuererhöhung bekannt. An dieser Stelle möchte er noch bemerken, dass der Gemeinderat – wie auch Beat Bürgy vorhin gesagt habe – nicht alles schlecht gemacht habe. Ansonsten wäre Belp hinsichtlich Steueranlage nicht unter den Top 14 von 338 Gemeinden des Kantons Bern. Aber bestimmt sei noch Potential für Verbesserungen da.

Sollte der Steuerfuss auf 1,44 erhöht werden, betrage der Anstieg ein Steuerzehntel, was rund CHF 1,9 Mio. entspräche. Der Gemeinde entstünde im ersten Jahr dadurch ein Steuermehrertrag von CHF 1,8 Mio., und zwar, weil ein Teil der budgetierten Steuern noch die Jahre bis und mit 2022 betreffen und deshalb noch mit 1,34 fakturiert bzw. eingeholt werden. Dies mache eine Differenz von rund CHF 100'000 gegenüber dem Wert eines Steuerzehntels aus.

Die Einlagen in die obligatorische finanzpolitische Reserve würden sich neu von CHF 2'014'600 auf CHF 2'612'800 erhöhen. Und dies würde dann einen Ertragsüberschuss von rund CHF 830'800 ergeben.

Der Vorsitzende geht zur Abstimmung über. Es gebe zwei Anträge um Steuererhöhung. Der 1. Antrag sei 1,40, der 2. Antrag 1,44. Diese beiden Anträge werden nun gegenübergestellt. Entweder könne die Versammlung bei einer Steueranlage von 1,40 die Hand aufheben, oder sie hebe die Hand auf bei einer Steueranlage von 1,44. Die Variante, die mehr Stimmen erreiche, werde danach dem Antrag des Gemeinderats auf 1,34 gegenübergestellt. Es werde also erst in einer zweiten Abstimmung definitiv darüber beschlossen, ob in Belp die Steuern per 2023 erhöht werden sollen oder nicht.

GEGENÜBERSTELLUNG ANTRÄGE

- **Hans Bachmann:** "Genehmigung einer Steueranlage für die Gemeindesteuer von 1,40."
- **Adrian Graf, Grüne Belp:** "Genehmigung einer Steueranlage für die Gemeindesteuer von 1,44."

Mit 46 : 42 Stimmen wurde dem Antrag von Hans Bachmann gegenüber dem Antrag von Adrian Graf, Grüne Belp, der Vorrang gegeben.

Der Vorsitzende erklärt, dass nun in einer zweiten Runde darüber abgestimmt werde, ob die Steuern erhöht werden oder ob sie gleichbleiben sollen.

Johann Walther ergänzt den Antrag von Hans Bachmann. Die Steueranlage 1,40 würde einen Steuer- mehrertrag von CHF 1,08 Mio. im ersten Jahr gegenüber CHF 1,8 Mio. bei 1,44 einbringen.

Der Vorsitzende nimmt von den Auswirkungen der Steueranlage 1,40 auf das budgetierte Ergebnis im Jahr 2023 Kenntnis.

Im Saal meldet sich Pascal Linder, der einen Ordnungsantrag stellen will. Er habe mitgekriegt, dass man in seinem Umkreis und er selbst die Zahlen, die der Vorsitzende genannt habe, nicht nachvollziehen könne. Sie haben das Gefühl gehabt, dass fast keine Leute bei 1,40 die Hand aufgestreckt haben und demgegenüber sehr viele bei 1,44. Er denke, dass die Abstimmung noch einmal ausgezählt werden sollte, weil es vielleicht zu einer Verwechslung gekommen sei.

Der Vorsitzende wiederholt den Ordnungsantrag, wonach die Abstimmung 1,40 versus 1,44 nochmals durchgeführt werden soll. Wie bei Ordnungsanträgen üblich, geht er sofort zur Abstimmung über.

ORDNUNGSANTRAG PASCAL LINDER

Der Vorsitzende erkundigt sich bei der Versammlung, wer die Abstimmung wiederholen möchte bzw. wer der Meinung sei, die Abstimmung nicht zu wiederholen. Er bittet jeweils um Anzeigen mit der Hand.

Der Vorsitzende stellt fest, dass der **Ordnungsantrag mit grossem Mehr abgelehnt** wurde.

Somit kehrt der Vorsitzende zurück zur zweiten Abstimmung, in welcher es darum gehe, ob die Steuern in Belp erhöht werden sollen. Bei einer allfälligen Annahme erhöhen sich die Steuern von 1,34 auf 1,40.

GEGENÜBERSTELLUNG ANTRÄGE

- **Hans Bachmann:** "Genehmigung der Erhöhung der Steueranlage für die Gemeindesteuer auf 1,40."
- **Gemeinderat:** "Genehmigung der unveränderten Steueranlage für die Gemeindesteuer von 1,34."

Mit 66 : 33 Stimmen wurde der **Antrag von Hans Bachmann** auf Erhöhung der Steueranlage auf 1,40 **angenommen**.

Der **Vorsitzende** bedankt sich bei der Versammlung für die geführte Diskussion. Er fragt an, ob das Wort zum Budget 2023 weiter gewünscht werde. Dies ist nicht der Fall.

SCHLUSSABSTIMMUNG

Gestützt auf die Ausführungen des Gemeinderats und Artikel 35 Absatz d der Gemeindeordnung, genehmigt die Gemeindeversammlung **mit grossem Mehr ohne Gegenstimmen** folgenden

Beschluss:

1. Die **Gemeindesteuer** beträgt **neu** das **1,40-fache** der einfachen Steuer für natürliche und juristische Personen.
2. Die **Liegenschaftssteuer** beträgt **unverändert 1,0 Promille** des amtlichen Werts.
3. Das Budget 2023 der Einwohnergemeinde Belp wird mit einem **Ertragsüberschuss von CHF 481'800 im allgemeinen Haushalt** und einer Einlage in die finanzpolitischen Reserven von CHF 2'612'800 genehmigt.

Zusammen mit den Ergebnissen der Spezialfinanzierungen beträgt der Ertragsüberschuss insgesamt CHF 110'800, bestehend aus:

	<i>Aufwand</i>		<i>Ertrag</i>	
Gesamthaushalt	CHF	67'195'900	CHF	67'306'700
Ertragsüberschuss	CHF	110'800		
Allgemeiner Haushalt	CHF	63'175'900	CHF	63'657'700
Ertragsüberschuss	CHF	481'800		
SF Abwasserentsorgung	CHF	2'669'000	CHF	2'372'000
Aufwandüberschuss			CHF	297'000
SF Abfallentsorgung	CHF	1'351'000	CHF	1'277'000
Aufwandüberschuss			CHF	74'000

Nr. 2022-18

1.300 Gemeindeversammlung
Verschiedenes, Orientierungen

Abstimmungen vom 27. November 2022

(1.222)

Im "Verschiedenen" informiert der Vorsitzende – wenig überraschend – zuerst zu den Abstimmungen vom 27. November 2022. Diese wurden bereits im Rahmen der Budgetdiskussion angesprochen. Für ihn sei richtig, dass von der Versammlung selbst gewählt in die Debatte miteinbezogen wurde, was da passiert sei.

Ortsplanungsrevision, Revision baurechtliche Grundordnung

Der Gemeinderat sei glücklich darüber, dass die Ortsplanungsrevision angenommen wurde und Belp nun eine baurechtliche Grundordnung habe, die mit der kantonalen Gesetzgebung übereinstimme. Der Gemeinderat sei auch dankbar, nun genehmigte Zonenpläne Siedlung, Landschaft, Naturgefahren und insbesondere Gewässerräume zu haben. Diese Abstimmung enthalte wenig Potenzial, um Belp neu zu erfinden. Und auch wenn ab nächster Woche keine Grabarbeiten erledigt werden, wurde ein Anfang gemacht. Es sei wichtig, nun auf diesen Anfang aufzubauen. Die Gemeinde gehe davon aus, dass sie im Lauf der nächsten Jahre die verschiedenen Planungen, die im Hinblick auf die Ortsplanungsrevision 2021 vorbereitet wurden, hervorgeholt, gut überprüft und neu miteinander diskutiert werden, insbesondere mit den Betroffenen. Die Gemeinde werde klären, wo es Anpassungsbedarf gebe und zu welchem Zeitpunkt es richtig und opportun sei, einzelne Planungen einzeln zur Abstimmung zu bringen. Dies sei das geplante Vorgehen. Aber der Gemeinderat habe die Message vom September 2021 verstanden. Er habe dementsprechend das Wachstumsziel, was die Einwohnerzahlen unserer Gemeinde betreffe, gestrichen.

Projektierungskredit Erneuerung Schulanlage Mühlematt

Der Vorsitzende berichtet, dass der Projektierungskredit wuchtig abgelehnt wurde. Dies bedeute, dass die Gemeinde in der "Mühlematt" nun tatsächlich einen Projektstopp habe. Zwischen Sonntag und heute Abend hatte der Gemeinderat noch keine Gelegenheit, sich über die Auswirkungen und Folgen dieses "Neins" auszutauschen. Folgedessen macht der Vorsitzende hier auch keine Aussagen, was der Gemeinderat zu machen gedenke. Die Versammlung konnte dies auch der Presse entnehmen. Es gebe viele Vorschläge. Ganz klar sei, dass der Handlungsbedarf in der Schulanlage Mühlematt bestehen bleibe. Der Handlungsbedarf sei wegen der Ablehnung nicht einfach weg, und der Gemeinderat werde eine neue Lösung suchen. Der Vorsitzende weiss, dass diese Aussage weder überraschend noch aufschlussreich sei. Man werde sich darüber Gedanken machen und Lösungsmöglichkeiten ausarbeiten.

Für den Betrieb der Schulanlage Mühlematt heisse das, dass der Unterricht auf unbestimmte Zeit – er wisse nicht, wie lange diese Phase sein werde – in den bestehenden Gebäuden und Räumlichkeiten weitergehen müsse, mit der heute bestehenden energetischen Situation und unter Einsatz von Raumluftreinigungsgeräten. Diese stellen zuverlässig sicher, dass die Naphthalin-Werte unter diesem Richtwert 1 liegen. Dadurch könne gewährleistet werden, keine gesundheitlichen Risiken in Kauf nehmen zu müssen, wenn sich jemand dauerhaft in diesen Räumen aufhalte. Seit Naphthalin festgestellt wurde, habe sich die Gemeinde daran orientiert, und dies werde auch weiterhin der Fall sein. Es werden entsprechende Kontrollen durchgeführt, und die Geräte werden gewartet. Auch der Gemeinderat sei der Meinung, dass das kein Zustand sei und die Sache nützlich angegangen werden müsse. Aber der Gemeinderat müsse dazu stehen, dass er heute Abend nichts Konkretes sagen könne.

Der Vorsitzende gibt das Wort frei zum Abstimmungssonntag. Im Zusammenhang mit der Budgetdebatte seien bereits Voten eingegangen. Aber er biete hier gerne weiter Raum, zum Geschehenen Stellung zu nehmen.

Markus Klausner wünscht sich eine echte Mitwirkung. In der Vergangenheit gab es einmal eine Veranstaltung, aber dort seien keine greifbaren Resultate entstanden. Die Teilnehmenden konnten sich zwar miteinander unterhalten, doch die Zeit sei knapp gewesen. Und dann war es aus und vorbei. Und für ihn nicht wirklich eine echte Mitwirkung. Er könnte sich gut eine Bürger(mitwirkungs)begleitgruppe vorstellen, die intensiv an der Neuauflage dieses Projekts mitarbeiten würde. Das ist das, was ihm ein wenig fehle – eine echte Mitwirkung. So eine Bürgerbegleitgruppe würde helfen, dass nachher bei der Gemeindeversammlung oder insgesamt bei einer Urnenabstimmung eine Mehrheit zustande käme. Es sei nicht das

erste Mal, dass Gemeindeinitiativen zum Erfolg gelangt seien bzw. der Gemeinderat bachab gehe. Ein Vorredner habe gesagt, dass sehr viel Beratungshonorare ausgegeben wurden, die nun zu einem Teil verloren seien.

"Wir sind die Bürger hier in Belp, und wir wissen, was für uns gut ist!" Markus Klauser interessiert, warum wir immer externe Berater brauchen, wenn wir ja auch Architekten, Finanzexperten, Lehrer etc. haben. Und weshalb können wir nicht eine eigene Begleitgruppe zur Mitwirkung beim "Mühlematt" auf die Beine stellen? Eine Bürgerbegleitgruppe zu gründen, sei sein Begehren.

Der Vorsitzende dankt für den Impuls für eine Begleitgruppe und für die Bereitschaft von Markus Klauser, dort tatsächlich auch mitzuwirken. Er denke, dass die Gemeinde Raum habe, Formen zu prüfen, wie das eine Mitwirkung stattfinden könnte. Man beginne nun wieder auf Feld 1.

Als im "Mühlematt" Naphthalin festgestellt wurde, habe man gesagt, dass nun unverzüglich die bauliche Sanierung angegangen werden müsse. Damals habe man mit einer Machbarkeitsstudie geprüft, ob sich die Anlage überhaupt sanieren lasse. Man habe geprüft,

- ob die Grundbausubstanz genügend sei. Dies wurde bejaht.
- ob Naphthalin mit einer Sanierung eliminiert werden könne. Auch dies wurde bejaht.

Da die fachliche Beurteilung zur bestehenden Bausubstanz zustimmend war und einen weiteren Lebenszyklus bejahte, erachtete es der Gemeinderat als richtig, mit dem vor 2 Jahren gestellten Antrag vor den Souverän zu gehen. Diese Aussage mache er vor allem wegen der Frage von Markus Klauser zur Mitwirkung. Selbstverständlich habe der Gemeinderat die Kommissionen miteinbezogen. Es sei nicht zu vergessen, dass Belp 8 Kommissionen habe. Auch dies sei eine Form von Mitwirkung. Unter deren Einbezug wurde das Geschäft so vorbereitet, mit dem Ergebnis, dass das Komitee einen Totalersatz gefordert habe. Und dieser Totalersatz sei ein Auftrag an den Gemeinderat gewesen. Der Vorsitzende gibt Markus Klauser recht, dass es in dieser Phase die Mitwirkung zur grundsätzlichen Frage "Wie" während 2 Jahren nicht gegeben habe. Das könne er hier bestätigen. Aus dem Grund heraus, dass der Gemeinderat einen Auftrag der Versammlung zu erfüllen hatte. Aber jetzt liege eine andere Situation vor, und da seien durchaus auch andere Ansätze möglich in der Wahl des weiteren Vorgehens.

Sebastian Buri bemerkt dazu, ob die Gemeinde nicht besser an ein Ziel gelangt wäre, wenn sie an der Abstimmung zwei Varianten vorgelegt hätte. Er sei der Auffassung, dass man heute nicht einen solchen Scherbenhaufen hätte und eine Variante angenommen worden wäre.

Der Vorsitzende nimmt das Votum dankend zur Kenntnis. Er höre dies nicht zum ersten Mal.

Urs Walthert hat zwei Sachen. Zum einen blase er in das gleiche Horn wie sein Vorredner. Man müsse in Etappen vorgehen, und man müsse das dem Bürger aufzeigen. Dann gebe es auch eine Etappierung für die Finanzen. Dies machen andere Gemeinden sehr geschickt. Sie schauen zum Voraus.

Zum anderen knüpft Urs Walthert daran an, was Markus Klauser betreffend Arbeitsgruppen gesagt habe. In Belp sei man natürlich auch bereit, in einer Gruppe wie dem "belperforum" als auch in der "Gelben Gruppe" mitzuwirken und Inputs zu geben, damit es nachher eine tragfähige Lösung gebe. Er glaube, dass es nicht sinnvoll sei, in den Kommissionen externe Spezialisten zu horrenden Honoraren etwas entwickeln zu lassen, und dann komme dies als Ortsplanung auf den Tisch. Im Gegensatz zum Schulhaus von CHF 80 Mio., eventuell +/- CHF 100 Mio., sei die Ortsplanung light nun angenommen worden. Aber die Gemeinde könnte eigentlich schon vorher mit den Bürgern und Betroffenen wie in einem Mitwirkungsverfahren zusammenarbeiten und aufeinander hören.

Abschliessend stellt Urs Walthert fest, dass heute – wenn er sich richtig erinnere – Donnerstag sei. Die Abstimmung habe am Sonntag stattgefunden. Nach der Auszählung wurde um 12.50 Uhr das Resultat bekanntgegeben. Bestimmt haben die Herren da vorne doch alle gespannt auf das Ergebnis gewartet. Aber danach seien Sonntagabend, Montag, Dienstag, Mittwoch und der ganze Donnerstag bis 19.30 Uhr vorbeigegangen und der Gemeinderat habe sich nicht getroffen. Habe er das richtig verstanden? Die früheren Gemeindepräsidenten seien immer kurz nach der Abstimmung mit den Kollegen zusammengesessen und haben sich ausgetauscht, so dass sie – wenn am darauffolgenden Donnerstag eine Gemeindeversammlung angesetzt war – orientieren und eine Richtung angeben konnten. Einen Kompass, ein Signal setzen! (Urs Walthert wendet sich direkt an den Vorsitzenden.) Und du, Benjamin, stehst einfach da und sagst "Ich habe keine Zeit gehabt, sie haben keine Zeit gehabt. Wir konnten uns nicht austauschen, wir konnten uns nicht treffen." Ja, das sei doch eine Ehre, diese Leute einzuladen und aufzubieten. Das sei doch nicht die Aufgabe von irgendjemandem anderes zu sagen, können wir noch zusammen reden oder hast du noch Zeit. Nicht einmal mit dem Finanzmenschen könntest du sprechen oder dem

Liegenschaftsmensch. Das sei bedauerlich! Das erstaune und entsetze ihn, Benjamin! Er wünschte sich einen anderen Präsidenten in dieser Gemeinde.

Von Gemeindepräsident Benjamin Marti ist ein leises "Merci" zu hören.

Urs Walthert fährt fort, dass er hinsichtlich "anderer Präsident" nicht damit sagen wolle, dass dies eine Rücktrittsforderung sei. Wahrscheinlich habe er sich diesbezüglich auch schon Gedanken gemacht. Das sei nicht das erste Fiasko, das jetzt sei. (In der Versammlung wird getuschelt.)

Der Vorsitzende erkundigt sich nach weiteren Voten zur Abstimmung.

Salome Guida hat zwei Anliegen. Sie möchte einfach einmal dem ganzen Gemeinderat "Merci" für das Engagement für die Gemeinde sagen. Sicher hätten sie in der letzten Zeit auch Schöneres zu tun gehabt. Daher ihr "Merci".

Zudem erinnert sich Salome Guida daran, dass am Dorfgespräch zum Thema "Demokratie" auf eine Re-traite im Herbst angesprochen wurde, die u.a. das Thema "Parlament" beinhalten sollte. Ihre Frage sei, ob es diesbezüglich schon etwas Spruchreifes gebe oder im Verlauf der nächsten Monate etwas dazu geben werde.

Der Vorsitzende dankt für die Rückmeldung. Der Hintergrund ihrer Frage passe tatsächlich zum Thema. Der Gemeinderat musste vor 2 Jahren mit dem Kreditbegehren zum Architekturwettbewerb vor die Gemeindeversammlung wegen der Höhe des Kredits. Die Gemeinde durfte das Geschäft nicht an die Urne bringen, was beim Kanton abgeklärt wurde. Das Geschäft musste vor die Gemeindeversammlung, wo die Beteiligung kleiner sei. Und nun eine Urnenabstimmung, die das Risiko berge, dass viel mehr Leute entscheiden. Ein anderes Organ, welches dann auch inhaltlich anders sei als eine kleine Gruppe, die spontan entscheide, an einem Donnerstagabend an eine Gemeindeversammlung zu gehen. Im weiteren Spannungsfeld passiere genau das, weshalb wir über unsere politischen Strukturen nachdenken müssen, nämlich was wir vorher bei der Steueranlage erlebt haben. Auch hier, wo die Gemeindeversammlung zuständig sei. Aber wenn der Projektierungskredit an der Urne angenommen worden wäre, wäre dies eine zwingende Folge gewesen. Die Leute wären an sich immer noch frei gewesen in ihrer Entscheidung an der Gemeindeversammlung. Dies gebe Anlass dazu, über die politischen Strukturen nachzudenken. Zwar freut sich der Vorsitzende, dass an der heutigen Gemeindeversammlung über 100 Leute beteiligt seien, aber auch das sei prozentual immer noch sehr wenig. Und tendenziell habe man schon den Eindruck, dass die Beteiligung an den Gemeindeversammlungen abnehme.

Daher habe der Gemeinderat an der Klausur im September 2022 zu diesem Thema beschlossen, eine Reform durchzuführen. Eine Umgestaltung der Behördenstruktur, also von der Gemeindeversammlung, von Kommissionen, von der Kompetenz an Urnengeschäften, d.h. welche Bedingung muss ein Geschäft erfüllen, um an eine Urne zu kommen. Und dann wurde festgestellt, dass in 2 Jahren Wahlen stattfinden, wo tatsächlich – wie Herr Walthert wünsche – ein neuer Gemeindepräsident gewählt werden könnte. Und es sei eine Vorschrift für die Gemeinden, dass sie 1 Jahr vor den Wahlen bekannt geben müssen, unter welchen Umständen diese Wahlen stattfinden. Das bedeute, dass der Gemeinderat ein Zeitfenster von weniger als 1 Jahr habe, um eine solche Reform durchzuführen, wenn sie auf die nächste Legislatur wirksam sein sollte. Dies sei zu wenig, mit Stichwort auf Markus Klausers Mitwirkung! In ein solches Verfahren müssen die Leute eingebunden werden, insbesondere auch die politischen Parteien. Diese wollen im Detail wissen, was dies für Auswirkungen hätte. Wie muss die Partei Leute nominieren? Oder werden diese Leute von den Stimmberechtigten gewählt? Oder melden die Parteien diese Leute? Wie verhalte es sich mit dem Einbezug von Leuten, die keiner Partei angehören? Da gebe es ganz viele Fragen. Auch welches System wieviel Geld koste? Und da reiche dieses knappe Jahr nicht aus.

Der Vorsitzende fährt fort, dass es dann zwei Varianten gegeben habe, wie so oft im Leben:

Es gebe die Variante, die Diskussion über dieses Thema in die nächste Legislatur zu verschieben. Und dann wäre die Situation, dass ausgehend von heute noch 6 Jahre lang mit den heutigen Strukturen gearbeitet würde.

Und dann sei der Vorschlag eingegangen, und so sei der Gemeinderat von dieser Klausur nach Belp zurückgekehrt, die jetzige Legislatur um 1 Jahr zu verlängern. Diese Verlängerung könnte eine Gemeindeversammlung beschliessen. Die Gemeindeordnung könnte in dem Sinn geändert werden, dass die jetzige Legislatur ausnahmsweise nicht 4, sondern 5 Jahre dauern würde. Und dann hätte der Gemeinderat knapp 2 Jahre Zeit. Ausgehend vom März 2023, wären es 1 ½ Jahre. Der Gemeinderat habe das Gefühl, dass diese Zeit genügen könnte, um die Frage eines Parlaments vollumfänglich zu prüfen. Tatsächlich

sei die politische Volksvertretung nun schon oftmals diskutiert worden, aber in Belp wurde noch nie ein Parlamentsreglement ausgearbeitet, so dass man gewusst hätte, wie es kommen würde und wie es vonstättenge. So weit sei die Gemeinde noch nie gegangen.

Der Vorsitzende bestätigt, dass auch die Frage der Legislaturverlängerung eine gewisse Brisanz habe. Dies sei etwas sehr Unübliches. Der Gemeinderat wolle sondieren und habe daher die Parteien beim letzten Meeting vor rund 3 Wochen aufgefordert, bis Mitte Januar 2023 Rückmeldungen zu geben, ob sie die Verlängerung der Legislatur für eine gute oder schlechte Idee halten. Die Parteien haben nun Zeit, im Dezember und über die Festtage darüber nachzudenken und sich anfangs Januar 2023 einmal zu treffen, um eine gemeinsame Haltung zur Legislaturverlängerung zu diskutieren und ein Feedback an die Gemeinde zu geben. Sollten die Parteien eine Verlängerung der Legislatur ablehnen, so werde die Frage eines Parlaments auf die nächste Legislatur verschoben. Der Gemeinderat möchte nicht im März 2023 eine kontroverse Debatte zu diesem Thema. Dies sei die Antwort auf die Frage von Salome Guida.

Hans Aeschlimann begrüsst die Versammlung. Er erlaube sich, ein paar Worte zu sagen. Zum einen habe ihm Beat Bürgy aus dem Herz gesprochen bei seinem Votum zur Steueranlage. Auch er habe sich betroffen gefühlt, da er fast 10 Jahre lang Gemeinderat war und das Departement Bau geleitet habe. Beat Bürgy habe gesagt, dass bei den Liegenschaften in knapp 20 Jahren CHF 45 Mio. investiert wurden. Er ergänze, dass in dieser Zeit auch fast CHF 30 Mio. in neue Strassen, Rahmenkredite Strassenunterhalt, Wasser, Abwasser und Wasserbau investiert wurden. Dies als kleine Ergänzung und Information, wenn gesagt werde, dass in der Gemeinde nichts gelaufen sei.

Als zweiten Punkt erwähnt Hans Aeschlimann, dass die Ortsplanung vor einem Jahr abgelehnt wurde, weil es vielen zu viel war. Er erinnere daran, dass aber all diese Bautätigkeit auch dazu geführt habe, dass es mehr Steuereinnahmen gegeben habe. Er könne sich noch an seine Anfangszeiten als Gemeinderat erinnern vor 15 Jahren. Damals sei ein Steuerzehntel bereits CHF 1,1 Mio. gewesen. Im Prinzip betrage nun ein Steuerzehntel schon beinahe CHF 2 Mio. Es werde also auch mehr Steuergelder geben. Er könne sich gut erinnern, dass die grösste Beunruhigung 210 Wohnungen gewesen seien bei den Blöcken am Kastanienweg. Diese Zeiten seien natürlich vorbei. Aber wenn man über das Wachstum spreche, so habe dieses auch finanziell geholfen.

Weiter erklärt Hans Aeschlimann, dass jetzt weder die Strukturfrage und Legislaturverlängerung noch das Parlament angesagt seien, sondern ein guter schlauer Vorschlag des Gemeinderats. Die Mitwirkung sei sicher wichtig. Er kenne dies auch und habe auch diesbezügliche Erfahrungen gemacht. Aber wichtig sei vor allem eine gute Lösung, die bezahlbar sei und wo das Naphthalin wirklich weg sei. Er erinnere daran, dass einmal im Gemeinderat diskutiert wurde, die alte Turnhalle Mühlematt an der Gürbe abzureissen und eine Doppeltturnhalle zu bauen. Dies hätte CHF 5 – 6 Mio. gekostet. Und obschon das Geld eigentlich vorhanden gewesen wäre, habe man damals keine Mehrheit gefunden. Und die andere Turnhalle, die zwar viel neuer sei, dort sei auch das Hallenbad, sollte aus seiner Sicht saniert werden. Das sollte nicht abgerissen werden. Die Gemeinde könnte dort sicher schon CHF 10 – 15 Mio. oder auf alle Fälle einen rechten Betrag sparen. Dort müsste nicht alles dem Erdboden gleichgemacht werden.

Zuletzt spricht Hans Aeschlimann noch die Thematik "Naphthalin" an. Er habe vor 2 Jahren ebenfalls an der Gemeindeversammlung teilgenommen. Nach seiner Beurteilung haben viele Bedenken gehabt, dass etwas vom Naphthalin bleibe. Schon damals habe der Gemeinderat gesagt, dass die Schulanlage zuverlässig saniert werden könne. Das Naphthalin sei vielleicht nicht hundertprozentig weg, aber bestimmt 98 %. Er finde, dass man damit aufhören sollte, 100-prozentige Lösungen zu haben. Dies gebe es nicht und könnte auch nicht bezahlt werden. Wenn eine Lösung gefunden werden könne, durch deren Behandlung die Hauptsache eliminiert werden könne, so könne man in diese Fachleute Vertrauen haben und mit einer Sanierung das Projekt relativ schnell umsetzen. Die von ihm gefragten Leute, auch Exponenten, die sich gegen diesen Kredit engagiert haben, haben geantwortet, dass sie sofort für eine Lösung seien, die vernünftig sei und die bezahlt werden könne. Dann müsse man nicht 5 – 10 Jahre warten, um die Schulanlage zu realisieren, sondern könnte etwa in 2 Jahren darüber abstimmen. Hans Aeschlimann dankt für die Aufmerksamkeit.

Der Vorsitzende dankt für diesen Impuls. Auch er sei zuversichtlich, dass sich die Bevölkerung bewusst sei, handeln zu müssen, und dass eine Einigung gefunden werden könnte, wenn der Gemeinderat mit einem Vorschlag komme, der von demjenigen des letzten Sonntags abweiche.

Pascal Tobler nimmt Bezug auf die Frage eines Parlaments. Er sei vor 2 Jahren gegen ein Parlament gewesen. In der Zwischenzeit habe er seine Meinung geändert. Belp brauche ein Parlament. Gerade dieses "Mühlematt-Theater" habe ihn gelehrt, dass wir dies hier brauchen. Und wenn der Vorsitzende hier sage, dass die Umsetzung 6 Jahre dauern könnte, dann grause es ihm. Er finde es nicht gut, dass dies

noch so lange daure. Wenn er aber höre, dass man nur 1 Jahr Zeit habe, dann verstehe er das Problem. Aber die Idee, eine Legislatur von 4 auf 5 Jahre zu verlängern, sei wirklich sehr brisant. Er glaube nicht, dass man diesem Vorgehen zustimmen sollte und hoffe, dass es alle Parteien ablehnen werden. Er empfehle, auch die von der "Gelben Kampagne" oder das "belperforum" zu fragen, was sie zu diesem Vorgehen meinen. Aus dieser Ecke habe er gehört, dass dies russische Verhältnisse werden. Und er glaube nicht, dass Belp russische Verhältnisse möchte. Darum: Das mit dieser Reform gehe – so glaube er – zu lange!

Und eigentlich wollte Pascal Tobler heute nichts sagen. Aber nun habe er trotzdem einen Antrag, und zwar zu einem nicht traktandierten Geschäft. Das bedeute, dass die Versammlung heute nicht darüber beschliessen könne, sondern es sei lediglich ein Antrag zuhanden der nächsten Gemeindeversammlung. Er bitte alle darum, diesen Antrag erheblich zu erklären. Sein Vorschlag sei, eine kleine Minireform durchzuführen, mit der Idee, dass der Gemeinderat nicht mehr ein Geschäft direkt an die Urne bringen könne, an der Gemeindeversammlung vorbei. Er nehme hier nicht Bezug auf das "Mühlematt", sondern vielmehr auf die Ortsplanungsrevision. Dort gab es einen Einbezug von uns. Er fand diesen Einbezug nicht gut, aber es gab ihn oder musste ihn bis zu einem gewissen Grad geben. Es gab eine Auflage im Gürbesaal. Er war auch dort und habe sich im Internet erkundigt. Er habe sich sehr zur Ortsplanungsrevision informiert und engagiert. Aber erst, als die Abstimmungsbotschaft eingetroffen sei, habe er verstanden, um was es gehen werde. Und danach war klar, dass er diese Ortsplanungsrevision bis zuletzt bekämpfe. Hätte er die Abstimmungsbotschaft viel früher gesehen, hätte er noch Einfluss nehmen können. Und darum gehe seine Idee in diese Richtung, dass der Gemeinderat in Zukunft mit einer Abstimmungsbotschaft vor die Gemeindeversammlung müsse. Und erst, wenn die Gemeindeversammlung beschliesse, dass die Sache weitergehe und die Botschaft der Stimmbevölkerung zugestellt werden könne, dann gehe sie an die Urne. Dies im Bewusstsein, dass die Gemeindeversammlung keine Kompetenz habe, etwas zu beschliessen das grösser sei als CHF 3 Mio., aber doch wäre es ein Einbezug. Der Einbezug bzw. die Partizipation der Leute wäre gut.

Wie komme er überhaupt auf diese Idee? Pascal Tobler ist zufällig darauf gestossen, dass letzten Sonntag in Grenchen über ein Schulhaus abgestimmt und mit 77 % einem Kredit zugestimmt wurde. In den Medien habe es geheissen, dass sowohl der Gemeinderat als auch die Gemeindeversammlung diesem Kredit einstimmig zugestimmt haben. Und dies habe er sehr spannend empfunden, insbesondere wegen des Gemeinderats. Hier in Belp sei der Gemeinderat bestimmt nicht vollständig dafür gewesen. Er kenne das Ergebnis des Gemeinderats nicht genau. Aber höchstwahrscheinlich nicht ganz einstimmig. Und wenn es in der Gemeindeversammlung noch besprochen worden wäre, wäre es ebenfalls nicht einstimmig gutgeheissen worden. Dies sei klar. Und darum komme er zurück auf seinen Antrag, welcher laute:

"Der Gemeinderat wird beauftragt, der Gemeindeversammlung Varianten für eine Anpassung der Gemeindeordnung zu unterbreiten. Diese geforderte Anpassung der Gemeindeordnung bezweckt einen Einbezug der Gemeindeversammlung bei Geschäften, die an die Urne müssen."

Pascal Tobler wiederholt den Zweck nochmals: Es gehe darum, dass der Gemeinderat in Zukunft keine Abstimmungsbotschaft mehr vors Volk bringen könne, sondern vorher bei der Gemeindeversammlung vorbeikommen müsse, mit dem Vorteil, dass die Erfolgchancen deutlich erhöht würden. Das wäre im Interesse aller. Nicht erneut eine Abfuhr erleben, die alle sehr viel Kraft koste. Ein Abstimmungskampf sei sehr mühsam. Es müssen viele Plakate finanziert werden, und, und, und ... Und für den Gemeinderat sei es nachher auch nicht lustig. Das wünsche dem Gemeinderat ja niemand. Der Gemeinderat soll einen Vorschlag erarbeiten, der schlüssig sei. Und der Gemeinderat könne auch beim Amt für Gemeinden und Raumplanung AGR abklären, was für Möglichkeiten zur Verfügung stehen.

Er habe die Gemeindeordnung von Grenchen, Kanton Solothurn, angeschaut. Das sei noch interessant! Dort stehe, dass bei einer Gemeindeversammlung ein Drittel der Anwesenden den Wunsch äussern könne, dass das Geschäft an die Urne komme. Das finde er noch gut. Er wisse nicht, ob das auch für uns eine gute und gemäss Amt für Gemeinden und Raumordnung des Kantons Bern machbare Lösung wäre. Die Abstimmung vor 2 Jahren wäre gar nicht zu einem Entschluss gekommen, wenn Belp so eine Regelung gehabt hätte. Dann hätte jemand sagen können, dass er möchte, dass das Geschäft an die Urne komme. Hätten auf dessen Anfrage, wer dieses Vorgehen unterstütze, 33 % zugestimmt, wäre das Geschäft an die Urne gekommen. Und so eine 60 : 40 Abstimmung wie damals, und das haben wir nun gemerkt, habe nur Probleme ausgelöst. Und daher stelle er seinen Antrag und er bitte alle, diesen erheblich zu erklären. Wenn wir den Antrag erheblich erklären, dann komme er das nächste Mal an die Gemeindeversammlung. Jetzt sei er noch nicht beschliessen. Und falls der Gemeinderat vielleicht noch einen besseren Vorschlag habe, dann ziehe er seinen Antrag wieder zurück. Pascal Tobler wiederholt seinen Antrag nochmals.

Der Vorsitzende dankt Pascal Tobler. Er bittet die Leiterin Führungsunterstützung zu prüfen, ob eine Gemeindeversammlung tatsächlich im "Verschiedenen" wünschen könne, dass der Gemeinderat auf die nächste Gemeindeversammlung ein Thema aufarbeite. Welches Quorum brauche es von einer Gemeindeversammlung, damit sie verbindlich bestimmen könne, dass der Gemeinderat auf die nächste Gemeindeversammlung dieses oder jenes Thema aufarbeite?

Annina Straub, Leiterin Führungsunterstützung, erklärt, dass dies die Erheblichkeitserklärung sei. Die Gemeindeversammlung müsse hier beschliessen, dass der Antrag von Herrn Tobler erheblich sei, und dann werde dieses Thema in die nächste Gemeindeversammlung aufgenommen.

Der Vorsitzende hält fest, dass die Bestrebungen des Gemeinderats eigentlich in eine ähnliche Richtung gehen. Pascal Tobler spreche ebenfalls an, dass die Behördenstrukturen überarbeitet werden müssen. Er habe vorhin erläutert, wie der Stand der gemeinderätlichen Diskussionen sei. Pascal Tobler habe die Vorstellung, dass eine Minireform gemacht werden könnte, die bereits in der nächsten Legislatur gültig wäre, ohne die laufende Legislatur verlängern zu müssen. Pascal Tobler habe einen Vorschlag gemacht. Aber es sei einfach einmal ein Vorschlag, wonach die Geschäfte, die an die Urne kommen, zuerst vor die Gemeindeversammlung müssen. Im Antrag verlange Pascal Tobler ausserdem, dass der Gemeinderat Varianten vorlegen soll, wie eine Sache ausgeführt werden könnte.

Urs Hirschi erklärt, dass nun noch lange über solche Dinge diskutiert werden könne. Aber es dürfe nicht passieren, dass – wenn das Stimmmaterial verteilt werde – ein paar Tage später eine Bombe platze, indem Ex-Gemeinderäte aus verschiedenen Parteien übergreifend den Gemeinderat angreifen und das ganze Projekt in Frage stellen. Er sei überzeugt, dass die Abstimmung anders gelaufen wäre, wenn dies nicht geschehen wäre. So etwas müsse verhindert werden oder vorher passieren. Die Gegner hätten 1 Jahr Zeit gehabt, dies vorher bekanntzugeben. Dann können vorher noch lange derartige Umfragen gemacht werden. Wenn das passiere, dass im letzten Moment noch Opposition ergriffen werde, dann finde er das nicht gut. (Ein Teil der Versammlung applaudiert.)

Der Vorsitzende dankt. Aber er möchte zurückkommen auf den Antrag von Pascal Tobler und erkundigt sich nach Wortbegehren dazu. Das Wort wird nicht gewünscht.

Antrag von Pascal Tobler:

Folgender Antrag ist als erheblich zu erklären:

"Der Gemeinderat wird beauftragt, der Gemeindeversammlung Varianten für eine Anpassung der Gemeindeordnung zu unterbreiten. Diese geforderte Anpassung der Gemeindeordnung bezweckt einen Einbezug der Gemeindeversammlung bei Geschäften, die an die Urne müssen."

Der Antrag von Pascal Tobler wird **mit 28 Ja : 63 Nein abgelehnt.**

Der Vorsitzende glaubt, dass der Antrag von Pascal Tobler gutgemeint sei. Es sei tatsächlich so, dass, wenn Signale gegeben werden, wonach eine Legislaturverlängerung nicht der richtige Weg sei, der Gemeinderat eingeladen sei, sich unabhängig von diesem Antrag Gedanken zu machen, was sich für die nächste Legislatur realisieren lasse.

Urs Walthert macht Urs Hirschi deutlich, dass die Herren der "Gelben Gruppe" in Belp nur die Reissleine gezogen haben. Die Bombe sei geplatzt, weil die Gemeinde in dieser Abstimmungsbotschaft nicht alle Tatsachen transparent auf den Tisch gelegt habe. So sei in dieser Abstimmungsbotschaft nirgends gestanden, und heute habe die Versammlung es auch wieder nicht ganz klar gehört, dass das Naphthalin-Problem gelöst sei. Es gebe absolut keine Gesundheitsgefährdung mehr. Herr Marti habe gesagt, dass es unter den Richtwerten 1 liege. Seit dem 1.1.2021 sei es aber nahezu bei Null! Seit Dezember 2020 gebe es keine Reklamationen mehr, weder von den Eltern, der Lehrerschaft noch von den Schülern. Dies sei nicht kommuniziert worden. Diese Erklärung konnten wir von den Behörden erzwingen. Es sei durch mehrere Berichte untermauert worden. Wenn dies in der Abstimmungsbotschaft gestanden wäre, wäre es eben klarer gewesen, dass es nicht so sei wie es im Plan B heisse. In der Botschaft stehe, dass bei einer Ablehnung sowieso wegen dem Naphthalin gehandelt werden müsse. Nein, man müsse nicht! Die 35 Kübel, welche die Gemeinde gekauft habe und von denen nun 20 in Betrieb seien, genügen. Die Kübel haben einen grossen Erfolg erzielt. Und deren Dauer dürfe nun verlängert werden, obschon es drinnen kein Naphthalin mehr habe. Wegen dem Naphthalin müsse man nicht sofort handeln. Das Problem sei gelöst. Und es seien auch andere Sachen nicht in der Botschaft gestanden. Darum musste man die Reissleine ziehen und die Augen damit öffnen. Schön wäre es gewesen, wenn die Behörden die Fakten richtig in die Botschaft geschrieben hätten.

Der Vorsitzende dankt. Hiermit habe diese Versammlung einen gewissen Aussprachecharakter, was gemäss seinem Gefühl durchaus Platz habe an dieser Stelle. Doch ausführlicher sollte diese Debatte um die Bedeutung von Naphthalin auch nicht geführt werden.

Helen Lanzrein stellt sich kurz vor: Sie sei Lehrerin in der Oberstufe Mühlematt gewesen und seit Sommer 2022 pensioniert. Zum Naphthalin habe sie eine andere Meinung. Es sei so, dass von ihrem 50-köpfigen Team 2 Lehrpersonen trotz unterschrittenen Grenzwerten massive gesundheitliche Probleme gehabt haben. Die beiden haben daraufhin das Zimmer gewechselt und in einen Trakt gezogen, der in den 70er Jahren angebaut wurde und absolut kein Naphthalin habe. Die gesundheitlichen Beschwerden seien verschwunden. Wenn das 2 von 50 Erwachsenen so ergehe, dann könne davon ausgegangen werden, dass es auch Kinder betreffe. Dies sei eine Dunkelziffer. Vielleicht haben sie später gesundheitliche Schwierigkeiten, wo man nicht genau wisse, ob es vom Naphthalin sei. Diese Kinder können nicht einfach das Klassenzimmer wechseln.

Und dann gebe es noch einen weiteren Punkt. In Bern gebe es ein Schulhaus, das saniert wurde, weil es Naphthalin hatte. Da das Gebäude denkmalgeschützt sei, wurde es saniert. Das Ziel konnte nicht erreicht werden, so dass teure Lüftungsgeräte angeschafft werden mussten. Das bedeute also, dass das Naphthalinproblem nicht einfach aus dem Weg sei. Es gebe auch noch zu wenig lang Erfahrungen.

Weiter möchte Helen Lanzrein noch etwas zur Abstimmung bzw. Gegenkampagne der "Gelben" sagen. Diese Kampagne sei wirklich massiv dahergekommen. Sie sei laut gewesen und habe viele Leute erreicht. Sie haben viel Energie, Zeit und Geld investiert und haben Erfolg gehabt. Sie sei aber aus verschiedenen Gründen ganz klar für einen Neubau: Das Schulhaus sei nicht lehrplankonform, sei südgerichtet, bei 20 Hitzetagen pro Sommer werde es von der Konzentration her unerträglich usw. Aber, ihr sei aufgefallen, dass viele Leute mit ihr gesprochen und zu ihr gekommen seien, die im Normalfall voll auf ihrer Linie und voll ihrer Meinung seien, die total verunsichert waren. Etliche! Das habe sie noch nie erlebt! Also: Bravo den "Gelben", wie sie dies orchestriert haben und wie sie dies angegangen seien! Sie haben dies äusserst erfolgreich gemacht! Aber das heisse nicht unbedingt, dass es wirklich richtig sei. Sie haben zum Teil auch Zahlen in einen Zusammenhang gebracht, dass es irritierend gewesen sei. Beispielsweise haben die "Gelben" behauptet, dass in Wabern ein Schulhaus für rund den halben Preis neu gebaut wurde. Ja, das stimme! Aber bei diesem Neubau sei natürlich viel weniger dabei gewesen. Die "Mühlematt" habe 2 Schulhäuser, eine Tagesschule, eine Dreifachsporthalle usw. Und wenn dies auf das Bauvolumen umgerechnet werde, wäre Belp mit dem Projekt, dessen Projektierungskredit nun abgelehnt wurde, billiger gewesen als Wabern. Aber dies bleibe nicht kleben! Kleben bleibe, dass die Schulanlage halb so teuer gebaut werden könnte. Das sei ihr nicht ganz lauter gewesen!

Der Vorsitzende dankt. Er glaube, dass dieser Schlagabtausch nicht weitergeführt werden sollte. Trotzdem halte er hier fest, dass der Gemeinderat in der Botschaft dargelegt habe, aus diesen Wettbewerbseingaben die wirtschaftlichste, sprich die kostengünstigste Variante gewählt zu haben. Und dennoch sei scheinbar glaubwürdig gewesen, dass ein Neubau auch günstiger ginge. Und dies sei in unserer Demokratie so. Wenn der Eindruck entstehe, dass es sicher auch anders ginge, dann gewichte dieser plötzlich mehr als die Ausführungen der Gemeinde in der Botschaft. Und so sei man in der Schweizer Demokratie seit langer Zeit unterwegs. Das müsse eine Behörde einfach gewärtigen.

Der Vorsitzende fragt die Versammlung, ob sie zu diesem Teil des "Verschiedenen" zu einem Schluss kommen könne. Dies ist der Fall. Der Vorsitzende dankt nochmals für die geführte Diskussion.

Datenschutzbericht 2022 der Geschäftsprüfungskommission

(1.12.103)

Der Vorsitzende hält fest, dass es sich beim Datenschutzbericht um eine formelle Geschichte handle. Gestützt auf Ziffer 1 Absatz 5 litera E im Anhang 1 der Gemeindeordnung der Einwohnergemeinde Belp sei die Geschäftsprüfungskommission auf kommunaler Ebene die Aufsichtsstelle in Datenschutzangelegenheiten. Daten seien ein wichtiges Thema. Und darum sei es gut, wenn dem Datenschutz ein Moment Aufmerksamkeit geschenkt werde.

Es sei festgelegt, dass die Geschäftsprüfungskommission der Gemeindeversammlung jährlich über ihre diesbezügliche Tätigkeit Bericht erstatte. Tatsächlich habe die Geschäftsprüfungskommission im November 2022 einen Bericht abgegeben. Hierzu gebe er das Wort an Theo Schneider, Mitglied der Geschäftsprüfungskommission, welcher der Versammlung von der Erkenntnis oder den Inhalten des Berichts Kenntnis gebe.

Theo Schneider begrüsst die Versammlung. Die Geschäftsprüfungskommission (GPK) habe sich auch dieses Jahr wieder mit dem Datenschutz befasst. Sie habe Kenntnis von einer Beanstandung bzw. einer Anfrage aus der Bevölkerung im Zusammenhang mit Datenschutz erhalten. Diese Anfrage wurde bereits von der Gemeindeverwaltung geklärt. Dies sei das einzige Vorkommen gewesen, das von aussen an die GPK getragen wurde.

Weiter habe sich die GPK dieses Jahr mit dem Thema "Amtsgeheimnis" auseinandergesetzt. Sie habe verschiedene Fragen mit der Gemeindeverwaltung geklärt und konnte sich vergewissern, dass mit den Daten sorgfältig umgegangen werde und die Gemeinde die Bestimmungen einhalte. Da die GPK es für sinnvoll erachte, fordere sie, dass die Gemeinde regelmässig auf den Sachverhalt hinweise bzw. auf die Wahrung von Datenschutz und Amtsgeheimnis sensibilisiere, einerseits die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf der Verwaltung und die Lehrerschaft, andererseits aber auch die Gemeinderäte und Kommissionsmitglieder am Anfang einer Legislatur. Die Umsetzung soll schriftlich dokumentiert werden. Einzig in dieser Hinsicht sei die GPK der Meinung, dass noch Verbesserungen möglich seien. So viel zum Datenschutzbericht 2022.

Theo Schneider möchte an dieser Stelle noch ein persönliches Wort anfügen. Es sei Aufgabe der GPK, genau hinzuschauen, kritisch zu sein und Sachen zu hinterfragen. Meistens sei es relativ einfach, irgendwo zu kritisieren, wo es schon fertig sei, oder etwas zu beanstanden, was nicht so gut gelaufen sei. Wir haben dies heute Abend auch gehört: Die Bevölkerung, also wir alle, seien relativ rasch im Reklamieren und im Rumbrollen, wenn wir irgendwo nicht zufrieden seien. Und dabei gehe oft etwas vergessen, nämlich dass ganz viel auch gute Arbeit geleistet werde. Dass sowohl der Gemeinderat als auch die Gemeindefunktionäre, sei es auf der Verwaltung, sei es bei den Diensten auf der Strasse usw., ganz viel gute tägliche Arbeit machen. Und wir nehmen dies als selbstverständlich hin. Meistens nehmen wir nicht einmal Notiz davon. Und darum möchte Theo Schneider heute Abend dem Gemeinderat, aber auch der Gemeindeverwaltung, seinen persönlichen Dank aussprechen, für das, was sie täglich für uns leisten. Er wäre froh, wenn der Gemeinderat dies auch weitergeben könnte. Und er wäre auch froh, wenn sich die anwesenden Belpinnen und Belper diesem Dank anschliessen könnten. Er danke für die Aufmerksamkeit. (Die Versammlung applaudiert kräftig.)

Der Vorsitzende dankt herzlich für das Persönliche, aber auch für das Formelle als GPK-Mitglied.

Bevor der Vorsitzende zum "Verein KiPlus" komme, welcher den Abschluss der heutigen Versammlung mache, erkundigt er sich bei der Versammlung, ob jemand im "Verschiedenen" in ganz allgemeiner Art noch etwas äussern möchte. Dies ist nicht der Fall. Heute Abend sei ja genügend Gelegenheit dazu gewesen, und es freue ihn, dass diese auch wahrgenommen wurde.

Zweckbestimmte Zuwendung des Vereins KiPlus

(1.1651.5)

Der Vorsitzende informiert, dass es im letzten Teil der Versammlung um die Auflösung des "Vereins KiPlus" gehe. Warum gebe die Gemeinde diesem Verein so viel Raum? Schliesslich sei schon mancher Verein gegründet und wieder aufgelöst worden. Aber hierbei handle es sich tatsächlich um etwas ganz Spezielles.

Der "Verein KiPlus, familienergänzende Kinderbetreuung Belp" habe während langer Zeit die Trägerschaft gebildet von der Kindertagesstätte Tubehüsli beim Spital und von der Tageselternvermittlung. Da dieses Geschäft auf Mitte 2021 an die kibe plus AG im Liebefeld, Gemeinde Köniz, übertragen wurde, konnte der "Verein KiPlus" in Belp im Laufe des Jahres 2022 aufgelöst werden. Danach ging es darum, wie die verbliebenen Vermögenswerte des Vereins verteilt werden. Der dafür kompetente Vorstand habe beschlossen, dass nur ein Teil des Vermögens nach Köniz gehen soll. Der Betrag von CHF 460'000 soll an die Einwohnergemeinde Belp fliessen.

Die Gemeinde Belp – also wir alle – erhalten ein riesengrosses Geschenk von CHF 460'000, und dies sei es wert, an dieser Versammlung erwähnt, gewürdigt und verdankt zu werden. Der Verwendungszweck dieses Geldes sei nicht völlig frei und wurde vom "Verein KiPlus" wie folgt bestimmt:

- Organisation und Durchführung von Ferienbetreuungs-Angeboten in der Gemeinde Belp während mindestens 5 Jahren, im Sinne einer Nachhaltigkeit.
- Finanzierung von Massnahmen der frühen Förderung von Kindern in der Gemeinde Belp.

Der Vorsitzende beteuert, dass die Gemeinde Belp diese zweckmässige Verwendung gern wahrnehme. Wie sei es zustande gekommen, dass dieser Verein der Gemeinde Belp so viel Geld übertragen könne? In diesem Verein sei sehr gut und während langer Zeit gewirtschaftet worden. Der Verein habe Sorge getragen. Und es sei immer das Gleiche: Es brauche ein Team. Es brauche fähige Leute auf der Behörden-seite, die dranbleiben, und es brauche im operativen Geschäft Leute, die auf ihrer Ebene steuern, dass so etwas möglich sei.

Der Vorsitzende ist der Meinung, dass – wenn hier stellvertretend Barbara Mathis geehrt werde – wirklich der richtigen Frau gedankt werde. Denn sie habe über Jahrzehnte – mit allen Hochs und Tiefs, und es sei nicht immer lustig gewesen – den "Verein KiPlus" geführt und Verantwortung übernommen. Und jetzt mache uns Barbara Mathis dieses Riesengeschenk. Und das Einzige, was wir bieten können, sei ein schöner Blumenstraus, den wir sehr gerne mit grossem Applaus überreichen. (Die Versammlung applaudiert.)

Barbara Mathis begrüsst die Versammlung. Benjamin Marti habe es bereits gesagt: Der Weg zu diesem vielen Geld sei teilweise steinig gewesen. Mit Steinen, die mitunter furchtbar hoch gewesen seien. Aber der "Verein KiPlus" sei immer mit einer guten Crew unterwegs gewesen. Sie habe vor allem das Gefühl angetrieben, dass es in der Gemeinde Belp wichtig sei, wenn die jungen Familien die Möglichkeit haben, ihr Familienmodell selbst zu wählen. Selber zu entscheiden, ob die Frau, der Mann, oder beide arbeiten, und ob sie Karriere machen oder lieber zu Hause bleiben möchten. Auch dies sei ein Modell, welches im Raum stehen und selbst gewählt werden dürfe. Und dies habe sie persönlich angetrieben, 22 Jahre lang in diesem Verein mitzuarbeiten und immer wieder daran zu schaffen.

Darauf gekommen ist Barbara Mathis eigentlich nach einem zweijährigen Deutschlandaufenthalt. Dort habe sie gesehen, wie es ein bisschen anders sein könnte als in der Schweiz. Sie sei zurückgekommen und habe gesehen, dass es hier – wenn nicht die Eltern in der Nähe seien – keine Chancen gebe als Frau. Heute sei man im Zeitalter der Gleichstellung und dürfe nicht mehr von "Frau" sprechen. Aber damals war es vor allem die Frau, die zu Hause bleiben und auf ihre Karriere verzichten musste. Sie habe das Gefühl, dass ganz viele Leute hier in Belp und auch hier im Saal einmal im Vorstand gewesen seien und geholfen haben, an diesem Karren zu ziehen. Aber auch schon bevor der Verein gegründet wurde, haben sie in der Gemeinde rebelliert. Sie haben gesagt, dass etwas unternommen werden müsse, und es so nicht gehe! Man wollte eine Betreuung für die Kinder, damit diese nicht mit einem Schlüssel um den Hals, weil die Mama und der Papa arbeiten, irgendwo eine Pizza in die Mikrowelle schieben oder sonst was essen. Wir müssen etwas machen! Der "Verein KiPlus" wurde eigentlich erst gegründet, als die Gemeinde doch das Gefühl hatte, dass sie ein wenig beim Finanzieren helfen könnte. Dies mit der Auflage, dass sie 2 Vertretungen im Vorstand gehabt haben. So hatten sie immer unter Kontrolle, was der Verein machte.

Aber Barbara Mathis glaubt, dass es schon spät sei und es viel zu erzählen gäbe. Aber was sie nicht unterlassen möchte sei, jemanden in diesem Saal mindestens so fest zu ehren, wie sie nun geehrt worden sei. Und dies sei Martin Schlapbach. Er, der die ganze Zeit eigentlich im Hintergrund gewesen sei, aber für sie selbst ganz fest im Vordergrund. Er habe die Aufgaben immer unterstützt, immer geholfen und sie konnte ihn immer anrufen und eine Zweitmeinung einholen.

(Der Vorsitzende bittet Martin Schlapbach kurz aufzustehen. Die Versammlung applaudiert.)

Barbara Mathis sagt, dass eigentlich Martin Schlapbach diesen Blumenstraus verdient habe. Und dass nachher so gut gewirtschaftet wurde, sei die Folge davon gewesen, dass die Kita voll gewesen sei. Der Verein habe Sorge zum Geld getragen, weil er damals nicht wusste, was mit den Betreuungsgutscheinen auf die Gemeinde zukomme und ob die Eltern immer noch ihre Kinder in Belp in die Kita bringen werden oder ob sie die Kinder zum Arbeitsplatz mitnehmen. Früher wusste man überhaupt nicht, was passieren würde. Das habe nachher die guten Zahlen gegeben, die uns dann im Corona-Jahr zugutegekommen seien. Den Mitarbeitenden konnte gesagt werden, dass die Löhne gesichert seien, egal was in den nächsten Monaten passiere. Damals wusste man noch nicht, ob die öffentliche Hand helfe. Der "Verein KiPlus" sei zwar ein systemrelevanter Betrieb gewesen und musste funktionieren, aber ungefähr mit einem Viertel Bewegung. Sie begreife, dass die Eltern, die ihre Kinder nicht bringen durften, natürlich auch nicht bezahlen wollten. Aber mit dem Hintergrund, dass sie gute Zahlen gehabt haben und die Löhne gesichert waren, hatten sie dann auch ein Riesenglück.

Laut Barbara Mathis ist das Geld so zusammengekommen. Der grösste Betrag gehe an die Gemeinde Belp. Es solle hier etwas Gutes bewirken. Ein Teil des Geldes gehe an die Kirchgemeinde, da diese den "Verein KiPlus" auch immer, insbesondere in den schwierigen Zeiten, unterstützt habe. Und ein ganz kleiner Teil gehe nach Köniz. Die kibe plus AG dürfe das gesamte Material der Kita übernehmen, mit dem

Vermerk zu teilen, falls die Belper gern noch etwas möchten. So konnte das "Vermögen" verteilt werden, und die Mitgliederversammlung vom Juni 2022 konnte dem zustimmen. Das sei nun das Resultat.

Barbara Mathis dankt vielmals allen, die in all diesen Jahren geholfen haben, für dieses Angebot zu kämpfen, für das Angebot für die jungen Familien, für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Und merci vielmals dem Gemeinderat für den schönen Blumenstrauss. Und sie hoffe, dass der Zweck eingehalten werden könne und somit weiterhin für die jungen Familien etwas tue. (Die Versammlung applaudiert.)

Der Vorsitzende hält fest, dass diese Versammlung somit am Schluss angelangt sei. Er danke vielmals fürs Kommen und für das aktive Mitwirken. Er schätze, dass man einander zuhören, sich aussprechen und auch Beschlüsse fassen konnte. Er danke den Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderats herzlich. Auch er möchte den Dank an die Verwaltung aussprechen für die tägliche, sorgfältige Arbeit. Er wünsche allen einen schönen Advent und frohe Weihnachten, auch wenn es bis dahin noch einen Moment daure.

Bevor der Vorsitzende die Versammlung schliesst, bedankt er sich nochmals und wünscht allen einen guten Heimweg.